

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Bureau: Hannover Str. 57/58
Telefon-Nr. 1111

Abonnementspreis d. Boten vierteljährl. 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile über deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Koberg, Essen. Druck: G. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelhäuser Straße 38/42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Wtberband Bochum

Die Tragödie im Kalibergbau.

Als im Jahre 1910 Herr Gothein bei der Beratung des ersten Reichskaliwirtschaftsgesetzes erklärte, 30 Kaliberwerke genügen vollkommen, um auf Jahre hinaus den gesamten Weltbedarf sicherzustellen, wurde er von den heute noch in der Industrie maßgeblichen Personen ausgelacht. Sie spotteten nicht nur seiner, sondern warfen sich mit einer Intensität, die wahrlich einer besseren Sache wert gewesen wäre, trotz der bereits bestehenden Uebergründung auf — Neugründungen. Das Kaliberggesetz vom 25. Mai 1910 wurde auf Drängen der Industriellen gemacht, weil die Ueberproduktion an Kaliberwerken beängstigende Formen angenommen hatte. Bei Verabschiedung des erwähnten Gesetzes gab es 67 fertige Kaliberwerke. Die rasende Entwicklung ging dann, dank der famosen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, weiter. 1911: 76, 1912: 116, 1913: 164, 1914: 194, 1920: 201, 1921: 205, 1922: 211, 1923: 220, 1924: 221, 1925: 224 und 1926: 225 Kaliberwerke. Das Niederbringen eines Kalibergwerkes konnte in der Vorkriegszeit mit etwa 3,5 Millionen Mark veranschlagt werden. Jetzt ist es selbstverständlich teurer. Allein für Schachttaufen sind also rund 900 bis 1000 Millionen Mark ausgegeben worden. Wir werden noch leben, weshalb. Zu diesen Summen sind noch die für die notwendigen Tagesbauten hinzuzurechnen. Sie dürften sich ungefähr in derselben Höhe bewegen. Also eine Gesamtausgabe von 1800 bis 2000 Millionen Mark.

Eine Betrachtung der Absatzfiguren seit dem letzten Vorkriegsjahr vor dem Kriege ergibt folgendes Bild (in D. K. O.):

1913 . . .	11 102 740,69	1923 . . .	8 859 364,06
1920 . . .	9 236 576,65	1924 . . .	8 420 604,33
1921 . . .	9 211 271,25	1925 . . .	12 255 117,44
1922 . . .	12 955 442,08		

Das Jahr 1926 dürfte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen einen Gesamtabsatz von ca. 11 Millionen D. K. O. bringen. Die Zahlen ergeben folgendes:

Der Absatz ist konstant geblieben, die Anzahl der Werke ist trotz der bereits im Jahre 1913 vorhandenen Uebergründung um 61 gestiegen.

Diese Zahlen allein zeigen aber auch nicht im entferntesten die furchtbaren Schäden auf, welche dem deutschen Volk durch die wahnsinnige Gründungswirtschaft in der Kaliindustrie zugefügt wurde. Wir sind an unterirdischen Bodenschätzen nicht reichlich gesegnet. Was liegt näher, als mit dem Wenigen außerordentlich häuslicherisch umzugehen? Geringe, ja selbst vorübergehende größere Süßwasserzuflüsse sind für den Kohlenbergbau schon gefährlich, für den Kalibergbau hingegen sind sie vernichtend. Jeder überflüssig abgetastete Schacht bildet hier eine stete Gefahr für Millionen Doppelzentner Kali.

Bei Süßwasserzuflüssen ist meistens nicht nur mit dem Verlust des Schachtes, sondern mit dem des ganzen Flözes zu rechnen. Es sind Milliardenwerte, die dem deutschen Volke unwiederbringlich verloren gehen. Geopfert dem reinen Spekulationsinteresse!

Eine auf das Wohl des Volkes bedachte Wirtschaftsgesetzgebung hätte diesem un sinnigen Treiben längst ein Ende bereiten müssen. Es geht jedoch lustig weiter, trotz des sachlichen Reichswirtschaftsministers. Herr Dr. Curtius ist sicher mit Zustimmung des Wintershallkonzerns, dessen Aufsichtsratsmitglied bis zu seinem Eintritt in das Reichskabinett er war, in die Regierung gegangen. Ihm dürften die sogenannten Rationalisierungspläne der Kaliindustrie nicht unbekannt sein.

Aber vielleicht ist ihm doch einiges entgangen. Wir möchten ihm deshalb einige Zahlen ins Gedächtnis zurücksprechen:

Jahr	Anzahl der Werke	davon in Betrieb
1913	164	152
1920	201	147
1921	205	155
1922	211	139
1923	220	126
1924	221	93
1925	224	85
1926	225	71

Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen.

Nach den letzten Meldungen ist beabsichtigt, noch eine größere Anzahl Werke, besonders im Wintershallkonzern, stillzulegen. Gemant werden: Heiligenmühle, Neu-Weicherode, Bismarckshausen und Glüdauf-Sondershausen. Aber auch damit dürfte die Liste noch nicht erschöpft sein. Der Wintershallkonzern hat mit ungeheuren Schwemmitteln die Förder- und Produktionskapazität von einigen Werken, trotzdem die damals für die gesamte Kaliindustrie vorhandene ausreichte, um das zehnfache der Absatzmöglichkeiten zu betreiben, ganz gewaltig erhöht. Mehr als 50 Prozent vom Gesamtabsatz sollen zwei Berrawerke allein produzieren können.

Diese können, wie ehemals die gesamte Kaliindustrie, ihre Produktionskapazität jetzt nur im ganz geringen Bruchteil ausnützen.

Um die volle Ausnützung zu erzielen, legt Wintershall still.

Nicht nur Werke mit schlechtem Vorkommen, nicht nur technisch veraltete Anlagen, sondern Kaliberwerke, welche zum Teil mehrere Jahrzehnte hindurch sehr hohe Gewinne abgeworfen haben.

Die Worte des thüringischen Regierungsvertreters, er hoffe, daß weitere Stilllegungen unterbleiben, sind nichts weiter als eine schöne Phrase. Gelingt es Herrn Koster, mit den Quoten noch stillzulagernde Werke die an der Berra errichteten Neuanlagen voll auszunützen, dann ist seine Idee bankrott. Deshalb muß er versuchen, Ronnenberg fester an sich zu klammern, Wilhelm Sauer böllig für sich zu gewinnen und die Mehrheit bei Gumpel zu erreichen. Ist ihm das gelungen, dann ist die Frage der Stilllegung der genannten Werke leicht zu lösen.

Koster ist nur dem Namen nach Bergmann. Er war und ist Quotenjäger, Spekulant schlimmster Sorte.

Auf die Gemeinden, Angestellten und Arbeiter hat sich diese Art Wirtschaftspolitik geradezu furchtbar ausgewirkt. Während der Uebergründungsperiode in der Kaliindustrie waren die Gemeinden verpflichtet, neue Lasten auf sich zu nehmen. Sie bauten Verwaltungsgebäude, Wohn-, Schul- und Krankenhäuser, stellten Personal und Lehrkräfte zur Erfüllung ihrer kommunalpolitischen Aufgaben ein. Heute sind sie bankrott.

Wie sich jedoch diese Wirtschaftsführung auf die Arbeiter ausgewirkt hat, veranschaulichen am besten nachstehende Ziffern. Es waren in der Kaliindustrie einschließlich der Nebenbetriebe beschäftigt in den Jahren 1913: 30 932, 1922: 48 491, 1925: 27 211 und im ersten Halbjahr 1926 im Durchschnitt 24 373. Das ist gegen 1913 ein Rückgang von ungefähr 6500 und gegen 1922 ein solcher von 24 000 Mann. Inzwischen haben weitere Stilllegungen stattgefunden, ist eine weitere Verminderung der Belegschaft eingetreten.

Wo ist eine andere Industrie, die ihre Belegschaft bei gleichbleibendem Absatz um ca. 50 Prozent herabgesetzt hat?

Welche Not, welches ungeheures Elend sich in diesen Zahlen widerspiegelt, kommt Leuten mit Generaldirektorgehältern nie zum Bewußtsein. Die wahnsinnige Uebergründungswirtschaft mußte einmal zum Zusammenbruch führen. Eine Gesundung konnte schließlich nur durch die Zusammenlegung und das Abbeurlauben von Produktionsstätten erzielt werden. Das vernünftige

Die glänzende Lage des Ruhrbergbaues.

Der rheinisch-westfälischen Montanindustrie ist der englische Bergarbeiterstreik wie ein Göttergeschenk in den Schoß gefallen. Die wirtschaftliche Lage konnte sich in den letzten vier Monaten wesentlich bessern. Nicht nur konnte die gesamte Förderung abgesetzt werden, sondern es erfuhr auch die so drückend empfundenen Halbenbestände an Koks und Kohle eine Verminderung bis auf einen geringen Rest. Die Kohlenförderung erfuhr in den letzten Monaten eine nicht unwesentliche Erhöhung. Derselbe betrug in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Ruhrgebiet:

Januar	8 400 000 T.
Februar	8 050 000 "
März	8 580 000 "
April	7 760 000 "
Mai	8 340 000 "
Zusammen 41 130 000 T.	
Juni	9 210 000 T.
Juli	10 174 000 "
August	10 012 000 "
Zusammen 29 396 000 T.	

Durchschnitt:

Januar bis Mai	8 226 000 T.
Juni bis August	9 800 000 "

In den letzten drei Monaten betrug also die Mehrförderung gegenüber den ersten Monaten des Jahres rund 1 600 000 Tonnen. Wenn diese gesteigerte Fördertätigkeit bis zum Schluß des Jahres anhält — und dies ist wohl als sicher anzunehmen —, so kann man auf eine Mehrgewinnung der Steinkohlen im Ruhrgebiet von Mai bis einschließlich Dezember auf rund 11 350 000 T. rechnen. Eine solche Mehrförderung kann man um so sicherer in Rechnung stellen, weil der deutsche Binnenmarkt von Kohlen ziemlich entblödet ist und die englische Kohle auch nach einer

Maß der Konzentration der Produktion ist jedoch längst überschritten. Durchaus gesunde Werke werden dem Machtwillen einiger Personen geopfert, welche, was unzweifelhaft feststeht,

die deutsche Kaliindustrie in Grund und Boden gewirkt hatten.

Statt endlich diesem Unfug ein Ende zu machen, unterstützt das Reichswirtschaftsministerium diese Bankrotteurpolitik, die mit Rationalisierung nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Der Haupttreiber der Stilllegungsaktion ist wieder Herr Koster. Warum, ist bereits dargelegt. Wie er den Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden des Aufsichtsrats von Wintershall, Fritz Reberg, glatt aus dem Aufsichtsrat befördern ließ, läßt sein Vorgehen gegen die Arbeiterschaft nur ahnen. Daß er noch immer lange Arbeitszeit und niedrige Löhne für das einzige Rettungsmittel der deutschen Wirtschaft betrachtet und diese Auffassung mit brutalen Mitteln auf seinen Werken durchführen läßt, ist allzu bekannt. Eine ganz besonders vornehme Rolle spielt jedoch der Wintershallkonzern in der

Frage der Abfindung der Arbeiter bei Quotenübertragungen.

Es war den Arbeiterorganisationen möglich, mit einer Anzahl Werksverwaltungen zufriedenstellende Vereinbarungen in der Entschädigungsfrage abzuschließen. Verständigungsmöglichkeiten mit Wintershall sind jedoch seit einigen Jahren völlig ausgeschlossen.

Wintershall zahlt nicht freiwillig. Es läßt sich in jedem Fall, ja um jede Bagatelle verfechten. Dabei ist es ihm ganz gleichgültig, ob die Arbeiter 20 oder 30 Jahre auf dem Werke geschuftet haben. Was kümmert Herrn Koster das Schicksal der Arbeiter?

Wintershall feuert geradezu auf den Brust zu. Aber den Brust nur unter Koster's Führung. Diesem Ziel galt auch die

Preisherabsetzungskampagne der Wintershall-Zeitung.

Sie war ihr Mittel zum Zweck. Die Öffentlichkeit fiel darauf herein. Schon ein Jahr später trat dieselbe Generaldirektion im Kalihanditat und im Reichskabinett für Preisserhöhungen ein.

Man kann Werke über Werke gründen, um sie später stillzulegen. Man kann Arbeiter und Angestellte dem Hunger preisgeben. Jedoch mit der Arbeitskraft und dem Volksvermögen bauend und schuldlos treiben, wie es in der Kaliindustrie geschieht, kann niemand ungestraft tun. Von diesem Treiben wird endlich auch einmal das lang- und gutmütige deutsche Volk genug haben. Es wird der Tag kommen, an welchem es stürmisch verlangt, endlich den Spekulanten und Scharfbären ein der wichtigsten Güter des Volkes, die Kaliindustrie, aus der Hand zu nehmen.

eventuellen Wiederaufnahme der Fördertätigkeit nicht sogleich wieder in die alten Absatzmärkte eindringen wird. Zu der vorstehend errechneten Mehrförderung bis Ende dieses Jahres muß der Vollständigkeit halber jener Mehrabsatz errechnet werden, der durch die Abnahme der Halbenbestände erzielt wurde. Von Anfang Mai bis Ausgangs August sind von den Halben ca. 3 200 000 T. Steinkohle abgesetzt worden. Es ergibt sich also von Mai bis Dezember ein Mehrabsatz von 14 500 000 T. Aus diesem Mehrabsatz entspringt ein nicht unbedeutlicher Gewinn der Ruhrkohlenbergwerke. Es besteht also kein Zweifel, daß die Besserung des Kohlenbergbaues sich in der finanziellen Lage der Gesellschaften auswirken muß. Es ist für den Außenstehenden sehr schwer, rechnerische Unterlagen für die finanzielle Besserstellung des Ruhrkohlenbergbaues zu erhalten. Aber einen Anhaltspunkt bieten die Berechnungen, die das Berliner Bankhaus Hagen & Co. in ihrem Wirtschaftsbericht für September gemacht hat. Wir lesen dort:

Der Durchschnittspreis für die Tonne Kohlen in dem unstrittenen und unbedrittenen Gebiet betrug in der letzten Zeit ca. 13,40 RM., so daß also für die Kohlengruben im Bereich des Rhein-Westf. Kohlenhandlats der obige Mehrabsatz (14 500 000 T.) für die Zeit vom Mai bis einschließlich Dezember Mehrerlöse im Höhe von ca. 194 000 000 RM. bringen dürfte. Demgegenüber sind die Unkosten, die sich in

1. Allgemeine und Handlungsunkosten,
2. Löhne und Gehälter,
3. Materialkosten

gliedern, nicht entsprechend gestiegen.

1. Die allgemeinen und Handlungsunkosten werden von einer Mehrförderung kaum betroffen und dürften wenig gestiegen sein.
2. Für den Mehraufwand an Löhnen, die den Hauptteil der Kosten ausmachen, bieten sich folgende Anhaltspunkte: Der Fortfall der vor dem englischen Streik im Ruhrgebiet durchschnittlich im Monat eingelegten 600 000 Zetterschichten bedeutet für acht Monate bis Ende Dezember ein Mehr von 4 800 000 Schichten. Außerdem wurden im Ruhr-

Streikende in Not!

Im sechsten Monat schon stehen die englischen Bergarbeiter im Kampf gegen ein unbarmherziges Unternehmertum. Sie kämpfen um Freiheit und Brot. In schwerster Not rufen sie dich, Kamerad, um Hilfe an. Hast du nicht eine Mahlzeit übrig?

Viele haben zwar schon Opfer gebracht, aber Hunderttausende müssen noch sein, die nichts geleistet haben. Jetzt müssen alle geben, weil es die Arbeiterlehre gebietet. Eine Million englischer Bergarbeiter wird uns danken. Dürfen sie hoffen?

Gebt, bis es schmerzt!

Die deutsche Industrie am Ziele.

Wir haben schon immer in unserem Organ auf die sonderbare Tatsache verwiesen, daß die deutsche Industrie in letzter Zeit eine ungewöhnliche Rationalisierung vorgenommen hat, ohne daß man auch nur den geringsten volkswirtschaftlichen Vorteil wahrnehmen konnte. Noch kürzlich wurden auf der Kölner Tagung für Fließarbeit diesbezügliche Angaben gemacht, die auf eine ganz enorme Untkostenverminderung für die Herstellung von Produkten in einzelnen Industrien schließen lassen mußten. Das einzige, was uns, volkswirtschaftlich gesehen, den ungeheuren Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß der deutschen Industrie fühlbar macht, ist das stets gleiche Arbeitslosentum. Nirgends in der Industrie ist der erste Wille zu beobachten, die Arbeitslosen, wenn irgend möglich, schnell wieder in die Produktion einzureihen. Beobachtet man auf der einen Seite diesen großen Rationalisierungsprozeß mit seiner — alleseitig zugegeben — so großen Verminderung von Untkosten, so sieht man aber auf der Seite der Preisgestaltung oder Lohnpolitik auch nicht die geringste Verschiebung, gesamt-wirtschaftlich gesehen, gegenüber der Vorkriegszeit. Im Gegenteil, gerade die industriellen Produkte, die doch in der Hauptsache den Vorteil der Rationalisierung auf sich vereinen, stehen in einem ungünstigeren Preisverhältnis zur Vorkriegszeit für den Käufer wie solche Waren, deren Produktionsweise sich wenig verändert hat. Kein Wunder, daß unsere Wirtschaft, insbesondere die Industrie, soweit sie in Betrieb steht, eigentlich ganz gute Zeiten erlebt. Man ist in letzter Zeit auch schon so ehehlich, dies gar nicht mehr abzuleiten, höchstens vielleicht noch, wenn die Arbeiterkraft mit Lohnforderungen hervortritt. Im übrigen aber befindet man sich sauwohl, steckt seinen Profit ein, je höher je lieber, und damit basta! Man braucht nur an die ungeheuren Verwaltungsüberhebungen, d. h. die vielen Direktoren und Aufsichtsräte zu denken, wie sie in den letzteren Statistiken bekannt geworden sind. Ein ernstlicher Versuch aber, die Wirtschaft im Interesse eines gesamtvolkswirtschaftlichen Gedeihens anzufordern, ist nirgends zu beobachten. Warum denn auch? Die Naturbelohnung muß von „außen“ kommen! Im „Innern“ aber hat man nach Ansicht dieser Leute nur dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft, so wie sie jetzt ist, nicht „zertrütert“ wird. (Siehe die Schiedssprüche der letzten Zeit auf allen Gebieten.)

Reisen die Arbeiter dann darauf hin, daß eine weitere Belebung der Wirtschaft, eine Steigerung der Produktion, wodurch auch die Einstellung der Arbeitslosen wieder möglich ist, nur zu erreichen sei durch eine Hebung der Kaufkraft, das heißt: Erhöhung der Löhne oder Senkung der Preise, dann klingt die Frage zurück: „Und das notwendige Geld?“ Daß diese Gegenfrage, wirtschaftspolitisch gewertet, ebensoviel Dummheit enthalten kann in diesem Zusammenhang, wie sie unter Umständen auch berechtigt ist, dürfte bekannt sein. Daß sie aber in unserer Periode doch allmählich das erstere Prädikat verdient, wenn sie nicht schon bald Unverschämtheit offenbart, lassen verschiedene Anzeichen deutlich erkennen. Nur zwei Beispiele: Wir haben in der letzten Nummer der „Bergarbeiter-Ztg.“ schon in einem Artikel die Auslassungen eines Syndikus der Industrie wieder gegeben, der bis April 1927 eine 40prozentige Preisentkung oder aber eine 40prozentige Lohnerrhöhung für notwendig hält, wenn es sein möchte, durch geschicklichen Zwang. Sicherlich etwas, was dieser Syndikus nicht einer notleidenden Wirtschaft zutrauen dürfte. Es ist weiter eine bekannte Tatsache, daß in Deutschland nicht nur Arbeitskraft brachliegt, sondern auch große Mengen Kapital, das in der Wirtschaft keine Verwendung findet.

Neuerdings aber scheinen wir in ein Verhältnis hineinzukommen, das gerade grotesk genannt werden muß, im Vergleich zu den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Und es ist auch bezeichnend, daß gerade aus Kreisen der Industrie bzw. von ihr nahestehenden Personen immer mehr Stimmen der Kritik laut werden, weil es ihnen doch bald zu „bunt“ erscheinen mag.

So lesen wir nachstehende Auslassung des volkswirtschaftspolitischen Mitarbeiters des „Dortmunder General-Anzeiger“:

„Die deutsche Industrie ist nicht allein auf dem Marsche, sondern sichtbar am Ziel.“

Vor wenigen Monaten noch abhängig von der Kredithilfe des Reiches oder Staates, fühlt sie sich heute stark genug, um ihrerseits der öffentlichen Hand Gelder anzubieten. Die Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G. stellte der Gemeinde Oppau ein Darlehen von 800 000 Mk. zur Verfügung, damit die Gemeinde ihr Kanalisationsprojekt durchführen kann. Gleichzeitig bieten die Vereinigten Stahlwerke A.-G. der Stadt Düsseldorf einen Betrag von 5 Millionen Mark leihweise an, also gratis und franko, allerdings unter der Bedingung, daß sich die Stadt Düsseldorf eine neue Scheinbrücke baut und die dafür erforderlichen 11 000 T. Eisen und Stahl von den Vereinigten Stahlwerken bezieht.

Das wären erhellende Zeichen des wirtschaftlichen Erstarkens der Industrie, wenn man sie häufiger enträfe. Hier sind sie jedoch als Beispiele der Stahlwerke wollen gern einen Auftrag haben und die Farbenindustrie zahlt Steuern im voraus. Interessant ist in diesem Falle

das Verhältnis von Industrie und Banken.

Der Gemeinde Oppau war es unmöglich geworden, die benötigten 800 000 Mk. bei einer Bank zu erhalten; die Industrie gibt ohne weiteres her, fungiert also selbst als Bank.

Leider aber macht sich deren Gedeihen nicht auch in andere Weise bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen hat zwar in den letzten Wochen eine Verminderung erfahren, beträgt aber immer noch rund 1 500 000. Gerade daran erkennt man, daß das Profieren einzelner Unternehmungen noch nicht das Gedeihen Gesamtkörpers bedeutet, worauf Reichsbankpräsident Schacht in der letzten Zentralauskunft der Reichsbank ausdrücklich hewies. Die Rationalisierungsbestrebungen der Industrie haben ja auch faktisch bisher

hauptsächlich in starken Entlassungen ausgewirkt. Merkwürdig ist auch die Haltung der führenden Kreise des Kohlenyndikats. Die Situation der Kohlenindustrie ist günstig, so günstig, daß schon von Ausfuhrbeschränkungen gewisse Kohlenorten die Rede war. Mitglieder des Kohlenyndikats selbst haben darauf hingewiesen, daß diese Situation a bei einem Abbruch des englischen Bergarbeiterstreiks noch länger vorhalten werde. Auf der anderen Seite aber werden die Einstellungen von Bergleuten abgelehnt, weil eine plötzliche endigung des englischen Streiks nur wieder zu Entlassungen führen würde. Diese Argumentation ist gleich doppelt unlogisch, denn einmal ist mit einem Abflauen des Streiks noch nicht rechnen und zweitens wäre es bei einem Sinken der Kohlenkonjunktur ja immer wieder möglich, zuviel eingestellten Personal zu entlassen. Hier besteht ein Widerspruch, an dessen Beseitigung im positiven Sinne mitzuarbeiten Pflicht des Syndikats ist. Motivierung der Unmöglichkeit, Arbeiter einzustellen, weil man sie unter Umständen später wieder entlassen müßte — und die Erklärung gab kürzlich ein hervorragendes Mitglied des Kohlenyndikats —, wirkt doch wirklich naiv, zumal in einer Zeit, der jeder Betrieb

die Pflicht hat, soviel Arbeiter wie irgend möglich einzustellen.

wenn sich das mit den alten Grundfäden kaufmännischer Geschäftsführung vereinen läßt. Das Erkennen der Industrie ohne gleichzeitige nennenswerte Herabsetzung der Arbeitslosenziffer — einige Prozente nützen nichts — ist keine Rückkehr zu geordneten Zuständen.

Wir gewöhnen uns in Deutschland immer mehr daran, um Heil in Finanztransaktionen möglichst großen Stills zu suchen. Aber mit Verschmelzungen, Fusionen und der Aufnahme von Kapital in Amerika ist uns auf die Dauer nicht gedient. Der Umlauf muß sich von innen heraus, durch vermehrte Produktion vergrößern, nicht durch immer neue Kreditaufnahmen. Wir sind heute schon so weit an das Ausland verschuldet, daß

die Reichsbank vor Auslandsanleihen warnt,

wenn ihre Vereinnahmung nicht gleichen Schritt mit der Produktion in Deutschland hält.

Dieser Einsicht verschließt sich auch die Börse nicht mehr, der wesentlichste Merkmal augenblicklich das der Unsicherheit ist. Man kann weder von einer Festigkeit noch von einer Schwäche reden. Die Spekulation macht Gelegenheitsgeschäfte: heute mal in Industriebriefen, morgen in einigen Kohlenwerten, gestern Obligationen der Anatolischen Eisenbahn. Zeitweise hat man Kolonialwerte begünstigt. Aber das waren bisher nur vorübergehende Erscheinungen, die keine Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ausdrücken.

So weit der „General-Anzeiger“.

Die Darlehen dieser beiden großen Gesellschaften dürften äußerlich typisch und kennzeichnend sein für den Wiedermeierge der unsere ganze Industrie zu beherrschen scheint. Man muß einmal so recht vorstellen, was das heißt: die Industrie Geldgeber an die öffentliche Hand! Und dieses bei unserem bejammerten volkswirtschaftlichen Zustand! Wie und woher soll das nun eigentlich der Ausweg, die „Naturbelohnung“ zu finden sein? Hier sieht man so recht die große Gefahr, die aus der Monopolstellung der großen Kartellverbindungen für die Volkswirtschaft erwächst. Glänzende betriebswirtschaftliche Gestaltung zum Nachteile einzelner Gesellschaften, bei einer bankrotten Volkswirtschaft! Statt, wie es volkswirtschaftlich gewertet richtig wäre und wie es Amerika als unbedingte Notwendigkeit gelehrt hat, jede betriebswirtschaftlich gewonnene Mark in den Warenkreislauf zurückzuführen, sei es durch Preisentkung, sei es durch Lohnerrhöhung, legt unsere Industrie nach Grwaters Manier den honetten Gewinn in die alte Truhe, um es wohlgezogener Bürger dem guten Nachbar in der Not auch einmal zu helfen. Die Naturbelohnung muß von „außen“ kommen. Die deutsche Industrie hat wirklich keine Ursache sich aufzuregen, wenn ihr in bezug auf unser gesamtes Wirtschaftsverhältnis die Absicht vorgeworfen wird.

In den vorgenannten Fällen ist wenigstens eine indirekte Rücküberweisung an die Wirtschaft festzustellen, wenn auch in der Absicht des doppelten Gewinnes. Gesamtwirtschaftlich gesehen

gebiet nach und nach ca. 20 000 Arbeiter neu eingestellt, was, gleichfalls auf acht Monate berechnet, 4 000 000 Schichten, insgesamt also ein Mehr von 8 000 000 Schichten ausmacht. Rechnet man unter Berücksichtigung der inzwischen ausgesprochenen Lohnerhöhung den durchschnittlichen Schichtlohn mit 8,20 Mk., so ergibt sich im Ruhrgebiet für acht Monate ein Mehr an Lohnzahlungen von ca. 72 200 000. Der Mehraufwand für die Arbeit betrug im Monatsdurchschnitt ca. 12 Prozent, während die Mehrförderung fast 20 Prozent betrug.

3. Die Materialkosten seien je Tonne mit 3 Mk. angenommen, was für die obige Mehrförderung ca. 34 000 000 Mk. ausmacht.

Den gesamten Mehraufwand von 106 000 000 Mk. sehen also Mehrausgaben von 106 000 000 Mk. gegenüber, so daß sich für die letzten des Ruhrgebiets während acht Monaten ein Ueberschuß von ca. 88 000 000 Mk. ergeben dürfte. Dieses günstige Ereignis ist im wesentlichen auf die schon früher begonnene Rationalisierung und Mechanisierung des Kohlenbergbaues zurückzuführen, die bislang gleichsam als stille Reserve wirkend die jetzige Mehrförderung mit relativ geringen Ausgaben durchführbar machten. In der verhältnismäßig geringfügigen Kleinrentierung von Arbeitern kommt die bislang schon statistisch nachweisbare Tendenz verstärkt zum Ausdruck, daß infolge der Rationalisierung der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Förderanteil wächst.

Die obigen Errechnungen, die sehr vorsichtig gehalten sind und der Kürze halber auf weitere Einzelheiten, z. B. Zusatzgewinn aus dem Verkauf von Feldenbeständen, nicht eingehen, sollen nur Anhaltspunkte für den Nettogewinn aus dem Mehrabsatz abgeben, der beispielsweise bei der Harpener Bergbau-A.-G. bei einem Kapital von 100 Mill. Mark gemäß obigen Zahlen entsprechend ihrer Beteiligung am Kohlenyndikat wohl über 6 Millionen beträgt. Die finanzielle Lage der einzelnen Kohlengesellschaften ist natürlich sehr verschieden; sie hängt ab von der Güte der Kohle, den Abbaubehältnissen, dem Grad der Rationalisierung usw. Ein solcher Ueberschuß kommt vor allem in Frage bei reinen Kohlengesellschaften.

Ein Mehrgewinn kommt vor allem in Betracht, wenn schon vorher die Gesellschaften wenigstens nicht mit Verlust arbeiteten oder schon Gewinne erzielt. Bei letzteren gestaltet sich die Lage sehr um so günstiger, weil auch die reguläre Produktion infolge der Rationalisierung höhere Gewinne abwerfen dürfte. So hatte die Harpener Bergbau-A.-G. schon vom Jahre 1924 auf 1925 trotz steigender Löhne die Produktionskosten je Tonne Kohle von 15,07 auf 13,87 Mk. gesenkt. Das Jahr 1925 erbrachte schon nicht unbedeutende Ueberschüsse und zeigte in seinem Abschluß einen recht liquiden Status, obwohl zum Zwecke der Rationalisierung weitere erhebliche Mittel investiert wurden. Dies dürfte auf die Ergebnisse des laufenden Jahres günstig einwirken.

Durch die Konjunkturbesserung während der letzten Monate hat der deutsche Kohlenbergbau eine grandlegende Kräftigung erfahren, die auch durch eine Beilegung des englischen Streiks nicht in Frage gestellt werden dürfte. Im übrigen wird die weitere Entwicklung des Bergbaues von der Belebung und dem Kohlenverbrauch der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft, und vor allem davon abhängen, welche Politik zwischen der deutschen und englischen Kohlenindustrie eingeschlagen werden wird.

Wir haben den Auslassungen des vorerwähnten Bankhauses ausführlich Raum gegeben, weil sie uns interessant genug erscheinen und etwas Licht verbreiten über eine Angelegenheit, die allgemeines Interesse beansprucht. (Die Unterstreichungen in dem Zitat rühren von uns her.) Die Besserstellung der rheinisch-westfälischen Montanindustrie kommt am sichtbarsten in den Kursen an der Börse zum Ausdruck. Die Aktionäre erhoffen von der günstigen Konjunktur der westfälischen Montanindustrie eine gute Dividende, und weil sie diese erhoffen, sind die Börsenpapiere der Steinkohlegesellschaften die am meisten begehrtesten. Wie sich die Kurse der Gesellschaften des Ruhrkohlenbergbaues in diesem Jahre an der Berliner Börse entwickelten, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

	30. 12. 1925	10. 4. 1926	9. 7. 1926	29. 9. 1926
Deutsche-Luzernberg	57	100	134	154
Essener Steinkohlenwerke	57	96	138	164
Gelsenkirchen	61	101	155	172
Hörning	57	110	141	170
Hoerich	—	100	128	141
Klöpper-Werke	49	82	106	123
Köln-Neuenh	61	99	131	153
Raunersmann	49	91	120	144
Widnig	58	82	112	116
Rheinische Stahlwerke	46	95	134	158

Es sind hier Kurssteigerungen in den neun Monaten dieses Jahres bis zu 300 Prozent und mehr zu verzeichnen. Die alten Aktionäre der westfälischen Montangesellschaften sind also dreimal so reich als am Jahresanfang, wenn man den Kurswert der Gesellschaften in Betracht zieht. Der Grund dieser Kurssteigerungen an der Börse ist vor allem darin zu suchen, daß man erhöhte Gewinne aus der günstigen Lage des westfälischen Kohlenbergbaues erhofft. Die Angewiesenen des englischen Kohlenarbeiterstreiks sind also in erster Linie die Aktionäre der Ruhrgesellschaften. Die sozialdemokratische Presse hat nicht wenig gegen die Bergarbeiter gelebt, weil sie es überhaupt unternommen, Lohnforderungen zu stellen. Wie berechtigt die Arbeiterkraft aber zu diesen Forderungen war, jelle durch diesen Artikel bewiesen werden.

Wissen, Beruf, Leben.

Dreisäulentheorie und Beamtenbewegung.

(Ein Beitrag zu den geistlichen Einigungs-verhandlungen der Beamtenschaft.)

Von Th. Kötter (Berlin).

Wenn in der Vorkriegszeit von der Gewerkschaftsbewegung die Rede war, verstand man darunter ganz allgemein nur die Zusammenfassung der Arbeiter und der Angestellten. Krieg und Staatsnotwendigkeit haben auf diesem Gebiete eine Aenderung insofern herbeigeführt, als auch die Ärzte, Staats- und Gemeindebeamten dazu übergingen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es beharrte dazu allerdings erst nach Korrektur der bis zur Staatsnotwendigkeit geltenden Beschränkungsbestimmungen. Die Deutscher Beamtenschaft hat im Artikel 13 die erforderliche Korrektur durch folgende Bestimmung vorgenommen: „Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gesichert.“ Während unter dem alten Beschränkungsbestimmungen ein Interesse daran hatten, alle im Reich- und Staatsdienst stehenden Personen zu Beamten zu machen, zeigt sich nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen bei den höheren Verwaltungsbeamten die Tendenz, das Beamtenamt nur noch als ein vorübergehendes abzugeben. Unter dem Begriff „Beamtenschaft“ wurde bisher verstanden die Zusammenfassung der Beamten der Staats- und Betriebsverwaltungen. Mit der Begründung, daß es für die Staatsverwaltung zweckmäßiger sei, wenn Hoheits- und Betriebsbeamte bauseinander getrennt werden, verdrängen einflussreiche höhere Kreis- und Staatsbeamte die Betriebsbeamten nach und nach in das private Angelegenheitsverhältnis zu überführen.

Diese Vorgänge muß man sich vor Augen halten, wenn man die Entwicklung der Beamtenschaftsbewegung in der Vor- und der Nachkriegszeit objektiv beurteilen will. Die ersten Anzeichen einer gewerkschaftlichen Beamtenschaftsbewegung im Leben zu tun, sind verbunden mit der Aufhebung der sogenannten Dreisäulentheorie. Danach sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen die Arbeiter dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Angestellten dem A.D.B. und die Beamten dem Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbund angehören. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung be-

kennt sich zur Dreisäulentheorie. In ihren Organisationsrichtlinien, veröffentlicht im Heft 2 des „Deutschen Beamtenschaftsbund“ vom 3. Juni 1922, werden u. a. nachstehende Gedankengänge entwickelt:

„Der Beamte ist nach der wirtschaftlichen Seite Arbeitnehmer und volkswirtschaftlich und sozial gesehen sind die Grundlagen des Beamten die gleichen wie die des Arbeiters und Angestellten. Auch der Beamte ist auf die Bewertung seiner Arbeitskraft angewiesen. Daraus, daß das Beamtenverhältnis ein öffentlich-rechtliches ist und auf Grund des geleisteten Eides ein Treueverhältnis zwischen Volk und Beamtentum besteht, wird an der Arbeitnehmerähnlichkeit des Beamten grundsätzlich nichts geändert. Beamtenamtentum und Arbeitnehmerähnlichkeit des Beamten sind keine Gegensätze. Der Gesamtverband bekennt sich zur Dreisäulentheorie, wie sie im Deutschen Gewerkschaftsbund durchgegriffen ist. Der Gesamtverband ist die Vertretung der Interessen der Beamten und Staatsangestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund, arbeitet aber zur Wahrung der gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer mit den im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeitern und Angestellten zusammen.“

Im Gegensatz zu der Auffassung der freien und christlichen Gewerkschaften lehnt die sogenannte neutrale Beamtenschaftsbewegung das enge Zusammenwirken mit den Arbeitern und Angestellten ab. Sie vertritt das Prinzip der reinen Beamtenschaft, weil die Besorgung des Arbeiterlohnes mit dem Beamteneinkommen das letztere maßgebend beeinflusst. Wie falsch dieser Standpunkt ist, kann an den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ersehen werden. Dieses Amt hat kürzlich das Ergebnis seiner statistischen Erhebungen über die Preis-, Lohn- und Gehaltsentwicklung für die Zeit von 1896 bis 1913 veröffentlicht. Danach haben die Lohnhöhen in dem genannten Zeitraum eine Steigerung um 5 Prozent erfahren. Die Löhne der Arbeiter sind in dem gleichen Zeitraum um 49 Prozent, die Gehälter der Beamten aber nur um 17,5 Prozent gestiegen. Das Beispiel ist außerordentlich lehrreich. Es zeigt die Macht der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, die die Preissteigerung voll auszugleichen vermochten und darüber hinaus für die Arbeiter einen höheren Anteil an dem Inflationsertrag zu erzielen. Die Beamten, die auf Grund der damals geltenden Rechtsverhältnisse keine Gewerkschaften, sondern nur Beamteneinkommen im Leben rufen durften, erzielten von der Steigerung nur die Hälfte des durch die Preisentwicklung entstandenen Differenzbetrages zugebilligt. Dem

Wunder also, daß nach der Staatsumwälzung und dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung die fortgeschrittenen Beamtenschaft der freien Gewerkschaftsbewegung zuwandten. Da für sie aber eine Spitzenorganisation noch nicht vorhanden war und fernvielfach die Meinung gehegt wurde, daß der im Dezember 1919 entstandene neutrale Deutsche Beamtenschaftsbund die angestrebte dritte Säule der freien Beamtengewerkschaftsbewegung bilden könnte, trat zunächst eine Begünstigung der neutralen Richtung ein, die sich später bitter rächte.

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 36 vom 6. September 1919) ist in dem Artikel: „Gewerkschaften und Deutsche Beamtenschaft“ folgende Auffassung nachzulesen, mit welcher verdrängten Ansichten Führer des angeblich politisch neutralen Deutschen Beamtenschaftsbundes ihren Antrag, mit den freien Gewerkschaften eine Arbeitergewerkschaft zu bilden, begründeten. Der Ausschuß des A.D.B. hat dann nach gründlicher Prüfung der Sachlage in seiner Sitzung vom 20. August 1919 die Arbeitergewerkschaft abgelehnt und beschlossen, die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung unter den Beamten abzuwarten und bis zur völligen Klärung der Ansichten dem Deutschen Beamtenschaftsbund gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen.

Die weitere Entwicklung des Deutschen Beamtenschaftsbundes nach skizziert. Unter einer in der erdrückenden Mehrheit politisch rechtsgerichteten Führerschaft geriet die Organisation immer mehr und mehr in das reaktionäre Fahrwasser. Während jede Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei als eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität galt, hielt es aber die Führung des Deutschen Beamtenschaftsbundes durchaus für vereinbar, daß der „Reiniger Beamtenschaft“, eine Unterorganisation des Deutschen Beamtenschaftsbundes, bei der letzten Landtagswahl unter seiner Führung eine Firma auf dem Kandidatenvorschlag des Ordnungsbündes zur Kampfung der Sozialdemokraten und Kommunisten stand. Die Haltung dürfte im wesentlichen beeinflusst werden durch die harte Spaltung im Deutschen Beamtenschaftsbund. So traten während des Kapp-Zufluges 100 000 höhere Beamte aus und übernahmen einen Bund der höheren Beamten, weil der Deutsche Beamtenschaftsbund die Republik gegen den Hochverräter Kapp nicht wollte. 1922 traten zunächst die gehobenen mittleren Beamten aus, weil sie Anstoß an dem Defensivcharakter der Organisation hatten. Die Folge der reaktionären Einstellung des A.D.B. war, daß schließlich erhebliche Teile der unteren Beamtenschaft der

oder dürfte doch kaum genug sein, um sich seine eigenen Gedanken zu machen über unsere Wirtschaftsführung.

Der steigende Geschäftsumfang der Banken

sein. Die Lage des deutschen Bankwesens ist aus den sogenannten Zweimonatsbilanzen ersichtlich, die fortlaufend veröffentlicht werden.

Die Berliner Großbanken sind daran mit mehr als der Hälfte, nämlich mit 146 Mill. Mkt. beteiligt. Die Einlagen auf provisorisch freie Rechnung (die eigentlichen Depositen) nahmen in dem letzten Zweimonatsabschnitt bei den 85 Kreditbanken um 196 Mill. Mkt. zu.

erhöhter Zufluss von freiliegenden Geldern zu den Banken.

Es ist nun interessant, wozu diese gesteigerten Mittel verwendet wurden. Der größte Teil floss dem Börjengebiet und den damit zusammenhängenden Zweigen zu.

Privatwirtschaftlich gesehen also steht unsere Wirtschaft scheinbar gut. Volkswirtschaftliche Notwendigkeiten aber, Arbeitslosenproblem usw., sind den derzeitigen Führern unbekannt.

Was Generaldirektor Dr. Bögler erzählt.

Im Anschluß an den Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln sagte auch der „Industrie- und Handelsausschuß“ der Partei. Auf dieser Tagung stand im Mittelpunkt der Erörterung eine Rede des Generaldirektors Dr. Bögler.

Dr. Bögler bringt das Kunststück fertig, statistisch nachzuweisen, daß der ganze Vorteil der Kohlenhaufse (des guten Geschäftsganges im Bergbau infolge des englischen Streits) nur darin zu erblicken ist, daß sich hieraus volle Beschäftigung ergeben hat und daß die Halbenbesände verschwunden sind.

bahn-, Post-, Justizverwaltung usw. ebenfalls austraten und zusammen mit den in den gemischten Organisationen vorhandenen Beamten den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ins Leben riefen.

Bald nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde von der im Deutschen Beamtenbund verblichenen Opposition der Versuch unternommen, die beiden Beamtenbünde wieder zu vereinen. Der Versuch scheiterte, weil der Allgemeine Deutsche Beamtenbund an dem mit den beiden freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten abgeschlossenen Organisationsvertrag festhielt.

So wie man die Leute vom Schläge Dr. Bögler kennt, muß man eigentlich noch staunen über die zarte Zurückhaltung, die er darin beweist, daß er nicht, im Gegensatz zu dem Bankier, noch einen großen Verlust errechnet hat infolge der vierprozentigen Lohnerhöhung im Ruhrbergbau.

Dieses zugegeben, wäre es natürlich von einem führenden Wirtschaftler zu viel verlangt, noch guten Verdienst einzugeleihen. Das ließe sich ja nicht vereinbaren mit der Grundeinstellung der deutschen Unternehmer zum Achtstundentag und zur Lohnpolitik überhaupt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Hauptaufgabe.



1 Mark

nur müßte das wenigste sein, was jeder deutsche Bergmann übrig hat für seine englischen Brüder. Schon glaubten die Zechenbarone Sieger zu sein. Noch einmal aber haben die Streikenden ihre Hoffnung auf die Solidarität der deutschen Bergarbeiter

gesetzt

und kämpfen weiter. Sie wollen von uns nichts weiter wie eine kleine Unterstützung für ihre hungernden Frauen und Kinder. Wer diesen Hilferuf, diesen Appell an die Solidarität unbeachtet läßt und nichts gibt, verdient selbst das Brot nicht, das er isst.

Millionen

sind es, die jetzt der Nachricht harren, ob sie uns wirklich Brüder nennen dürfen. Bruderchaft aber heißt Hilfsbereitschaft bis zum letzten. Nur wenn du begriffen hast, daß es auf deine Mark ankommt, nur dann wird der englische Streik für die Arbeiter

gewonnen!



Man vergleiche dementsprechend die Tatsache, daß noch zehntausende arbeitsloser Bergarbeiter im Ruhrgebiet vorhanden sind. Das hat aber erst dann Interesse in diesem Zusammenhange, wenn man liest, daß Dr. Bögler ausführt, der Ruhrbergbau habe einen harten Rückschlag erlitten, weil er überkommene Aufträge teilweise nicht zur vereinbarten Zeit habe ausführen können.

Man entschuldigt sich diesem Mißverhältnisse gegenüber auf zweierlei Art. Erstens, sagt man, müßten neu einzustellende Arbeiter wieder wahrscheinlich bald entlassen werden. Uebrigens eine absolut leere und fehlgehende Begründung. Man solle doch solche Möglichkeit ruhig der Entwicklung überlassen. Auf alle Fälle ist dabei ein volkswirtschaftlicher Gewinn erzielt, und dem betreffenden Arbeitslosen mit einer wenn auch nur zeitweisen Beschäftigung kein Schaden erstanden. Nach Beendigung der „Hauptaufgabe“ sieht solche Politik wirklich nicht aus.

Zweitens aber, so wie es Dr. Bögler gemacht hat, entschuldigt man den Rückschlag aus vorgeannten Gründen mit einer 200- bis 300prozentigen Steigerung der Krankenziffer. Die Wahrheit dieser Angabe gar nicht untersuchend, muß man sich aber doch die Frage vorlegen, ob nicht aus der verkehrten Personalpolitik diese hohen Krankenziffern entstehen! Refordleistungen, die weit über

beitern und Angestellten auf die freigewerkschaftliche Richtung zu beschranken. Er wollte vielmehr dieses Zusammenwirken nur von Fall zu Fall, und zwar mit freigewerkschaftlichen, christlichen und neutralen Spitzenverbänden. Die gewerkschaftliche Grundauffassung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes verbietet jedoch keinen Verhandlern, dem Deutschen Beamtenbund in seinen Gedankengängen zu folgen.

Der Deutsche Beamtenbund hatte, bevor er mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Einigungsverhandlungen eintrat, sich auch bereits an den christlichen Gesamtverband der Beamtenvereinigungen gewandt. Die mit diesem geführten Einigungsverhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis ist außerordentlich interessant. Formell tritt zwar der Gesamtverband in den Deutschen Beamtenbund ein und erklärt sich auch mit der Beibehaltung des bisherigen Bundesorgans des Deutschen Beamtenbundes einverstanden. Darüber hinaus aber haben die Verbändler des Gesamtverbandes sich bei der Befassung des Vorstandes und der Bundeskörperlichkeiten einen Einfluß gesichert, der in ganz kurzer Zeit den Deutschen Beamtenbund in das Fahrwasser christlicher Gewerkschaftspolitik bringen muß. Als Führer des Gesamtverbandes, die vom Deutschen Beamtenbund zu übernehmen sind, kommen vorwiegend deutschnationale und Angehörige des Zentrums in Frage. Zum Teil handelt es sich um schwer kompromittierte Persönlichkeiten, z. B. den Landtagsabgeordneten Eugen Roth, der im Laufe der Zeit alle möglichen Wandlungen im politischen Leben, vom Sozialdemokraten bis zum Deutschnationalen, durchgemacht hat, und um den Vorsitzenden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Gutische, der wegen seiner Beginntigungen der Gemeinwesen von sich reden gemacht hat. Herr Gutische ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes ausersehen. Das Verhandlungsergebnis unterliegt noch der Zustimmung des Bundeskongresses des Deutschen Beamtenbundes. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Abmachungen zwischen den leitenden Körperschaften der beiden Bünde eine starke Opposition hervorgerufen haben. Der Verband Preussischer Polizeibeamten hat auf seiner kürzlich beendeten Tagung in Berlin das Verhandlungsergebnis bereits abgelehnt. Der Zentralgewerkschaftsbund der Reichsbahnbeamten dürfte sich den Polizeibeamten anschließen. Es ist deshalb mit ähnlichen Erschütterungen im Deutschen Beamtenbund zu rechnen, und wenn nicht alles trägt, wird die freigewerkschaft-

das Normalmaß hinausgehen, müssen sich natürlich auch bemerkbar machen auf die lebendige Arbeitskraft. Das äußert sich dann natürlich zuerst in dem Steigen der Krankenziffer.

Daß, allgemein betrachtet, nach Dr. Bögler

zur Behebung der Arbeitslosigkeit eine Preisentlung

auf allen Gebieten erforderlich ist und zu erstreben sei, ist immerhin schon ein wertvolles Eingeständnis. Wir möchten nur hier einen anderen Vorschlag machen, da wir an die Durchführung des Vorgenannten nicht glauben können. Preisentlung bei gleichbleibenden Löhnen — wir hoffen, daß Dr. Bögler es so gemeint hat — ist dasselbe für die wirtschaftliche Auswirkung wie Lohnsteigerung bei gleichbleibenden Preisen. Dieses letztere, so scheint uns, ist in der Durchführung, weil insbesondere in der Kontrolle, was jeder zugeben wird, viel einfacher. Wir bieten die Hand dazu, Herr Dr. Bögler! Bitte — — ?

Die Voraussetzungen, sagt Dr. Bögler, sind jetzt vorhanden, zu einer besseren wirtschaftlichen Arbeit zu gelangen. Sie (diese Voraussetzungen) zu schaffen, wäre der Wirtschaft endlich gelungen. Also nun wird es losgehen. Wir sind gespannt! Wir hätten nur gemüncht, daß man gleichzeitig gesagt hätte, wie man sich diese Verwirklichung denkt. Soll der Hinweis auf die Preisentlung auf diesem Wege liegen? Denken Sie dann einmal nach darüber, Herr Dr. Bögler, ob nicht unser Gegenvorschlag besser und leichter ist. Wir haben noch die Nase voll von der Preisentlungssaktion des Herrn Luther, die auch sicher Ihnen viel Spaß bereitet hat.

Nochmals Silverberg.

Werden im Reichsverband der deutschen Industrie einmal bedeutsame Fragen laut, so finden sie bei den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen stets ein lautes Echo. Ueberdies schallt es meistens anders oder doch sehr verstimmt zurück. Als im vorigen Jahre der Reichsverband seine bedeutungsvolle Denkschrift: „Regierung und Öffentlichkeit“ übergab, fand bald darauf in Essen, ausgehend von den Rhein-Ruhr-Handelskammern, eine „Kundgebung der westdeutschen Wirtschaft“ statt. Alles, was in der erwähnten Denkschrift Grundlagen für erprobliche Diskussionen abgeben konnte, wurde in Essen systematisch ins Gegenteil verkehrt. Die Tagung war ein glänzender Triumph geistloser Phrasen, wie sie Unternehmerhändnis geläufig sind. Als von gewerkschaftlicher Seite in einer entsprechenden Gegenkundgebung darauf hingewiesen wurde, daß diese Tagung der „Westdeutschen Wirtschaft“ absichtlich eine Spitze gegen die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie sein sollte, wurde das natürlich seitens der Veranstalter dieser „Protestkundgebung“, die so beschämend tief stand, bestritten.

In anderen Formen wiederholte sich am 1. Oktober dasselbe Schauspiel. Die Meinungen Silverbergs auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden waren diesmal Stoff zur Kundgebung einer Gegenmeinung. Ein Verein mit ungewöhnlich langem Namen: „Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ hielt am 1. Oktober in Düsseldorf eine Mitgliederversammlung ab. Die westdeutschen Unternehmer scheinen aus ihrer vorjährigen Blamage gelernt zu haben, denn diesmal schickte man nicht, wie in Essen, die letzte Rednergarnitur vor, sondern die Industriellen sprachen selbst. Auch spielte man nicht, wie damals, mit dem beabsichtigten Ziel Versteck, sondern bekannte sich offen zur Stellungnahme gegenüber den programmatischen Erklärungen des Reichsverbandes, die in Dresden durch Herrn Silverberg vorgetragen wurden.

Kommerzienrat Reusch aus Oberhausen.

Vorsitzender des Vereins mit dem langen Namen, sagte neben bekanntem dasselbe, was auch der Kernpunkt der Silverbergischen Ausführungen war: „Es kann nicht gegen und ohne die Arbeiterschaft regiert werden.“ Ja, aber worin besteht denn nur der Gegensatz zu Silverberg? Silverberg hatte den Mut, auszusprechen, was jedermann weiß, nämlich, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die größten und bedeutendsten wirtschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiter sind. Das weiß genau so gut wie Herr Silverberg auch Kommerzienrat Reusch. Aber diese Wahrheit offen vor aller Welt auszusprechen, das ist doch zuviel für Herz und Hirn eines echten westfälischen Industriemagnaten.

Silverberg antwortet sofort.

Er nimmt nichts von dem zurück, was er in Dresden ausgeführt hat, biegt auch nichts um. Kommerzienrat Reusch erinnert er an seine Zustimmung, daß nicht ohne und gegen die Arbeiterschaft regiert werden kann. Dann auch Konsequenz! Das anerkennen und die größte Partei der deutschen Arbeiter für prinzipiell regierungsunfähig erklären, ist unlogisch. Politisch sind seine Dresdner Ausführungen auf jeden Fall gewesen, aber mit Unrecht. Heute wird über fast alle Fragen, die unser Wirtschafts-

liche Beamtenbewegung aus den Vorgängen der letzten Zeit neue Aufstiegsmöglichkeiten zu bezeichnen haben.

Bücher und Schriften.

Begeisterer zum neuen Reichsstaatsvertragsgesetz.

Von J. Edert, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Seimann, Generaldirektor der Reichsstaatsverträge, und G. Wisman, Vertrauensmann der Reichsstaatsverträge. Erschienen im Rechts- und Wirtschaftsverlag G. m. b. H., München, Postfach VI.

Ueber den Wert einer genauen Kenntnis der ganzen Rechtsfragen und gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf das Reichsstaatsvertragsgesetz brauchen wir wohl an dieser Stelle kein Wort zu verlieren. Eine Streitfrage bleibt nur, wo der Laie bezw. der Funktionär die besten Informationsquellen finden kann. Wir selbst haben schon durch unsere sozialpolitische Abteilung gut zusammengestelltes Material zur Verbreitung gebracht. Wer sich nun aber eingehend in die ganze Materie hineinfinden will, der bestelle sich dieses vorgenannte Buchlein, bei dem die Wissenschaft mit dem Praktiker, unserem Kameraden Wisman, zusammengearbeitet hat. Damit sind weitere Worte der Empfehlung für unsere Leser überflüssig. Wir raten dringend zur Anschaffung.

Kommentar zum Reichsstaatsvertragsgesetz.

Erschienen im gleichen Verlage, München, Postfach V. Alle diejenigen, die mit der Bearbeitung von Fragen betraut sind, die sich ergeben auf Grund des Reichsstaatsvertragsgesetzes, bedürfen natürlich in erster Linie einer zuverlässigen Auslegung der Paragrafeninhalte. Diese zu finden, dürfte wohl mit Hilfe dieses Kommentars am besten gelingen, dessen Anschaffung wir empfehlen.

Der gute Ton.

Von R. B. Franken. Verlag von Max Hesse, Berlin W 15. Das Buch hat bereits seine 53. verbesserte Auflage mit dieser Erscheinung erlebt. (Bisherige Auflage 275 000.) Diese ungeheure Verbreitung wird wohl am besten für den Wert des Buches an sich sprechen. Wer also auf einwandfreies Benehmen bezw. dessen Erlernung Wert legt, findet hier einen unübertrefflichen Ratgeber.

leben berühren, in politischen Gremien entschieden, vom Gemeindevorstand bis zum Reichsparlament. Dieser Erkenntnis aus dem Wege gehen und die Stärke der sozialistischen Arbeiterschaft in diesen Körperlichkeiten überleben zu wollen, heißt den Blick vor Tatsachen verschließen, vor Tatsachen, mit denen zu rechnen besonders hoch der Wirtschaftler genötigt sein muß. Dem Präsidium des Reichsverbandes hat er seine Rede nicht zur Genehmigung vorgelegt. Wenn er das hätte tun sollen, wäre sie von ihm gewiß nicht gehalten worden. Er ist ja nicht Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sondern Silberberg, Generaldirektor der Rheinischen Braunkohle A.-G. und neuerdings Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft. Aber maßgebende Herren des Reichsverbandes kannten die Rede, bevor sie gehalten wurde. Ein Ausschuss, dem die Durchführung der Dresdener Tagung oblag, war bis auf eine Stimme mit dem Inhalt einverstanden.

Dann Herr Thyssen.

Eigentümer der Großstadt Hamborn. Dunkel war seiner Rede Sinn. Die amerikanische Arbeiterschaft scheidet streng zwischen wirtschaftlicher und politischer Interessenvertretung. Das ist gegenüber der in Deutschland bestehenden Verquickung ein Vorzug. Der Kampf geht um die Seele der Arbeiter. Diese ist aber nicht liberal oder sozialistisch, sondern deutsch. (!) Er will nicht, daß einer Gruppe der Arbeiterschaft mehr Entgegenkommen gezeigt werde, als der anderen. Das sollte der Gegensatz zu Silberberg sein. Thyssen sind alle Arbeitervertretungen gleich „lieb“. Das ist menschlich durchaus verständlich und gerecht, aber, politisch gesehen, hängt die „Liebe“ doch in ziemlich erheblichem Maße von der Stärke der einzelnen Gruppen der Arbeiterschaft ab. Das sieht zweifellos Silberberg richtig; Thyssen übersteht es, weil sie ihm „trotz unterschiedlicher Stärke alle gleich lieb sind.“ Diese Stellungnahme ist gewiß recht ethisch, aber ebenso unpolitisch. Daher auch der besonders starke Beifall aus der Versammlung.

Jetzt kommt einer, der es richtig macht. ... ich als Parlamentarier ...

Dr. Engberding aus Münster, M. d. R.

Er begreift kaum das Problem, das hier heiß umstritten wird. Aber das ist ja auch nicht nötig. Er löst es einfach durch Schimpfen auf die Sozialdemokratie. Die Versammlung klafft ebenfalls wieder Beifall. Man ist unter sich; aber die große Arbeit-

gebetresse erwähnt es zum größten Teil nicht einmal, daß auch ein Engberding auf dieser Versammlung „etwas“ gesagt hat. Das ist ein gutes Zeichen.

Nun folgt der Geschäftsbericht. Die Kommunen kommen nicht gut dabei weg. Steuern und Gebühren werden kritisiert. Die bekannten Argumente. Diskussion dazu gibt es keine.

Ganz im Gegensatz zu dem trockenen Geschäftsbericht bringt das Referat von

Dr. Lammer

über „Weltwirtschaftskonferenz und Wirtschaftslenkung“ wieder Leben in die Versammlung. Aus seiner reichen Erfahrung weiß er, daß es notwendig ist, alle Fragen, die die deutsche Wirtschaft gemeinsam berühren, mit der Arbeiterschaft durchzubearbeiten. An Verständnis und Verantwortungsbewußtsein seitens der Arbeiterschaft hat es bei den zum Teil sehr fruchtbaren Arbeiten im Reichswirtschaftsrat nie gefehlt. Nur wenn in Erkenntnis dieser Tatsache auch die Organisationen der Arbeit von den Unternehmern anerkannt werden, wird auch ihr politisches Verhalten realpolitisch und fruchtbar werden. Fouhaug hat in Genf seine Erklärungen im Namen der Arbeiterschaft der Welt abgegeben. Das ist eine Tatsache, mit der jeder Wirtschaftler rechnen sollte. Die deutsche Arbeiterschaft hat noch schwere Aufgaben zu lösen. Das kann nur mit der Arbeiterschaft geschehen. Sein

Bekanntnis zu Silberberg

spricht er offen aus und appelliert an die Zuhörerschaft leidenschaftlich, diesen Weg zu wählen. Um was ging also der Streit in Düsseldorf? Einig war man sich darin, daß gegen und ohne die Arbeiterschaft nicht regiert werden kann. Diese Einsicht der Industriellen ist jungen Datum. Aber es werden ihnen mit der Zeit auch noch andere Einsichten kommen müssen. Als erste die, daß ohne und gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nicht mehr regiert werden kann. Silberberg, Duisberg und Lammer haben diese Erkenntnis schon. Dafür zu sorgen, daß auch Thyssen, Reusch und, wenn es sein muß, auch Dugenberg das einmal anerkennen werden, wird unsere Aufgabe sein. Auch diese Herren werden zu belehren sein, und zwar um so früher, je mächtiger die Organisationen der Arbeit in Wirtschaft und Parlament sind.

Einigkeit macht stark.

Wenn man mit Arbeitern über die Sozialversicherung spricht, dann findet man, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz über die wichtigsten Bestimmungen aufgeklärt ist. Es sind nicht nur Unorganisierte, sondern leider auch ein großer Teil organisierter Kameraden, die vielfach zum Schaden ihrer selbst sich um sozial Tagesfragen wenig oder gar nicht kümmern. Was nun speziell die Bergarbeiterchaft anbelangt, so kommt ja für diese hauptsächlich außer der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung welche letztere ja seit Juli 1924 von der Reichsknappschaft übernommen wurde, die Knappschaftspensionsversicherung als Sonderversicherung in Frage. Auf dieses Gebiet hier ausführlich einzugehen beabsichtige ich nicht, da erstens der Raum dazu zu sehr beschränkt ist, zum andern aber auch, weil für solche wichtige Fragen die Versammlungen da sind, in denen solche Probleme durch lehrreiche Vorträge einwandfrei und weit verständlicher behandelt werden können. Jedoch möchte ich einzelne wichtige Punkte herausgreifen, um gleichzeitig auf eine fruchtbare Erörterung in der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen.

In der Praxis ist es ja leider so, daß die Bergarbeiter — wie fast alle Arbeiter — sich mehr um Lohnfragen als um Fragen sozialer Natur kümmern, obgleich letztere des öfteren vielfach wichtiger sind als Lohnfragen. Erst wenn durch besondere Umstände u. dergl. in den Sozialversicherungen erhöhte Beiträge gefordert und von den Arbeitern gezahlt werden müssen, interessiert man sich auch mal dafür. Das Schlimmste fängt dann natürlich an, was ja an und für sich verständlich ist, denn keiner wird sich freuen, wenn er zahlen soll. Daß aber bei dieser Schimpferei oftmals viel Unfuss verzapft wird, ist ebenfalls bekannt. Bei Erörterung über die Zahlung unserer Beiträge in die sozialen Versicherungen wird von den Bergarbeitern vielfach nicht auseinandergehalten, daß wir auf Grund unserer Sonderversicherung (Knappschaftspensionskasse, die man in anderen Berufen nicht kennt) auch besondere Beiträge zahlen müssen. Alles wird in einen Topf geworfen und gelangt, in den Krankentafeln werden geringere Beiträge gezahlt. Dies stimmt eben nicht. Ich glaube, daß in den meisten Krankentafeln höhere Beiträge gezahlt werden müssen, soweit wir nur die Krankentafel betreffen. Gewiß, seit Juli d. J. sind insbesondere für das Kölner Revier unsere

Beiträge gewaltig gestiegen

und fast unerschwinglich. Dies kommt daher, weil durch die neue Knappschaftsgesetzesnovelle wesentliche Änderungen vorgenommen worden sind.

In der Kranken- wie in der Pensionskasse zahlen wir jetzt als Arbeitnehmeranteil drei Fünftel statt früher die Hälfte vom Gesamtbeitrag, wofür wir aber auch drei Fünftel statt früher die Hälfte Stimmrecht haben. Weiter werden jetzt von jedem Bezirksknappschaftsverein 80 Prozent der Gesamtbeitragslast der Pensionskassen getragen, um die notwendigen Bezirksknappschaften zu entlasten. Für diese Beitragserhöhungen sind auch wesentliche Vorteile mit eingeführt worden, wenn auch unersetzlich zugegeben werden muß, daß auch Verschlechterungen nicht zu umgehen waren. In der Krankenversicherung wurde die langerehnte Familienversicherung wieder neu eingeführt mit freier Arztbehandlung und Arznei, ferner Krankengeld bis zu 75 Prozent Höchstleistung und Ausgabel bei Krankenhausbehandlung bis zu 50 Prozent Höchstleistung des Grundlohnes. In der Pensionskasse wurde eingeführt: Berechnung der Pensionen auch über 25 Jahre für jedes weitere Dienstjahr, Witwenpension 60 Prozent der Invalidenpension, freie ärztliche Behandlung für Invaliden nebst freier Arznei usw.

Wenn nun aber auch andererseits Verschlechterungen — wie die weitgedenkten Aufrechnungen der Renten — in das Gesetz mit übernommen wurden, so war von unseren Führern auf Grund der herrschenden Verhältnisse nicht mehr herauszuholen. Und gerade diejenigen, die abseits stehen, aber am meisten schimpfen, haben dazu beigetragen, daß nicht mehr erreicht wurde. Sie haben den Arbeitgebern, den Feinden unserer ganzen Knappschaftsreform, bei ihrem seit Jahren geführten Kampf Wasser auf die Mühlen getrieben. Es könnte für uns Arbeiter weit besser sein, wenn nicht ein so großes Heer Unorganisierter stumpfsinnig in den Tag leben würde. Die Unorganisierten scheinen zu glauben, es würde uns alles so ohne weiteres in den Schoß gelegt. Allerlei nicht stichhaltige Gründe werden ins Feld geführt,

warum sie nicht organisiert sind.

Dies ist der Beitrag zu hoch, da taugt der Führer nichts und dort heißt es: die Gewerkschaften machen doch nichts!

Dieses Gerede hört man Tag für Tag, ohne aber auch das geringste beweisen zu können. Von den Gewerkschaften aus kann bewiesen werden, daß viel geleistet worden ist. Ich erinnere für das Kölner Revier nur an die Verkürzung der Schichtzeit von 12 auf 9 Stunden nach dem verlorenen Streik von 1924, ohne auf andere wichtige Verbesserungen einzugehen, die unseren Tarif umhüllten. Vielfach heißt es auch, wir waren einmal stark und da ist nichts gemacht worden. Gewiß, wir waren nach Ausbruch der Revolution stark an Mitgliederzahl in den Gewerkschaften, aber der gewerkschaftliche Geist fehlte. Und leider waren sich die meisten ihrer Stärke nicht bewußt und wußten mit der ihnen innewohnenden Stärke nichts anzurufen — einmal, weil sie sich um nichts kümmerten, nur schematisch ihre Beiträge zahlten, keine Versammlungen besuchten, kein Fachorgan lasen, sich also passiv verhielten, zum andern, weil viele, die sich aktiv betätigten, ihre Aktivität darin erblickten, unsere Führer dauernd als Arbeitervertreter, als sogenannte Gewerkschaftsbouzen in schäblichster Weise hinzustellen.

Nicht nur die Führer, sondern die ganze Gewerkschaftsbewegung wurde dadurch in Mißkredit gebracht. Von gewissenlosen Hehapposteln, die die Revolution an die Oberfläche geschwemmt hatte und die vordem nie etwas für die Arbeiterschaft geleistet hatten, ließen sich viele mit in den Strudel hineinreißen. Früher tüchtige Funktionäre erblickten im verbündeten politischen Fanatismus ihr Hauptziel darin, in Funktionärskonferenzen unsere Führer zu beschimpfen, sie zu bedrohen, taktisch anzugreifen, ohne aber auch nur den geringsten Beweis zu erbringen, daß sie sich zum Schaden der Mitglieder oder der Arbeiter absichtlich verhalten hätten. Sogar in öffentlichen Versammlungen schreute man vor solchen Rippeleien nicht zurück. Unter solchen Umständen kann keine Organisation, mag sie noch so stark an Mitgliederzahl sein, gegenüber dem Kapital, der Behörde usw. ihren Mann stellen.

Das Leben einer Organisation pulsiert in Einigkeit, im gegenseitigen Vertrauen, im Vertrauen der Führer zu den Mitgliedern und umgekehrt. Viele von denen, die früher gewollt oder ungewollt die Organisation schwer geschädigt hatten, haben in besserer Erkenntnis wieder den Weg zu uns gefunden und stehen heute als tatkräftige Gewerkschafter wieder in unseren Reihen. Gerade hierzu wird geklagt, daß zu wenig Versammlungen abgehalten werden und zu wenig Aufklärung gegeben werde. Versammlungen werden schon genügend abgehalten, leider werden sie sehr schlecht besucht. Man sieht immer dieselben Gesichter und oftmals lobt es sich kaum, daß der Referent spricht. In unserem Revier werden schon dieserhalb seit längerem verschiedene Zahlstellen aus der nächsten Umgebung zu einer Versammlung zusammengezogen. Und selbst hier habe ich beobachtet, daß auch diese schlecht besucht waren.

Ja, Kameraden, wenn ihr lieber Klimbimjeste statt Versammlungen besucht, kann es nicht gut besser werden. Das muß unter allen Umständen anders werden. Wenn die Organisierten nicht kommen, was sollen dann die Unorganisierten sagen? Bringt statt dessen die Unorganisierten mit in die Versammlungen, damit ihnen begrifflich gemacht wird, daß sie ihr Geld durch Aufnahme in die Organisation besser angebracht haben, als durch Ausgabe auf Klimbimjeste.

Alles zusammengefaßt kann man wohl sagen, daß trotz aller gegnerischen Behauptungen die Organisationen viel für die Arbeiterchaft errungen haben und wenn nicht mehr errungen wurde, es diejenigen verschulden, die noch abseits stehen und antideinend mit allem zufrieden sind. Wollt ihr Arbeiter, daß es vorwärts geht, dann hinein in die Organisation, hinein in die Versammlungen, hört die Vorträge nicht nur über Lohnfragen, sondern über alle Fragen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, lest über Fachorgan und stellt euch tatkräftig in den Dienst der Organisation, dann werden wir auch zu dem Ziel kommen, das wir erstreben, denn nur Einigkeit macht stark!

Frankfeiern und Kohlenknappheit.

Es ist ganz erstaunlich, welcher Verflachung die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in den letzten Monaten zum Opfer gefallen ist. Nichts auf dem weiten Erdball ereignet sich, wofür die „D. Bergw.-Ztg.“ nicht einen Schuldigen zu finden weiß. In jeder Situation ist ihr der Ruf: „Salut den Dieb!“ geflügel und versucht sie zu verhüten, daß man den wirklich Schuldigen, der meistens in ihren Reihen sitzt, ergreift. Fast ausnahmslos macht sie die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführer, dann und wann auch andere, z. B. Parlament, Reichsarbeitsminister usw. verantwortlich, für dieses oder jenes Ereignis. So auch in der Nr. 234 vom 6. Oktober.

Hier werden die Gewerkschaftsführer, die nach Angabe der „D. Bergwerks-Ztg.“ das Reichsknappschaftsgesetz geschaffen haben, verantwortlich gemacht für den Leistungsrückgang auf den einzelnen Schachtanlagen, wodurch das Syndikat in Lieferungsverzug geriet. Hierauf (auf das neue Reichsknappschaftsgesetz) sei auch zurückzuführen, daß eine Anzahl Abbaugruben schlecht versorgt seien und ihren Winterbedarf nicht eindecken konnten. Sinzu komme zwar noch der Rückgang des Rheinwasserstandes und der Herbstnebel, die den Verkehr stark beeinträchtigten. Für letzteres die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, hat man sich allerdings noch nicht getraut.

Als der augenblickliche Rückgang der Leistung soll auf die Höhe des Krankengeldes, das nach dem neuen Reichsknappschaftsgesetz gezahlt werden muß, zurückzuführen sein. Eine Behauptung, die jeder Vernunftmensch entbehrt. Eine ähnliche Behauptung stellte die „D. Bergw.-Ztg.“ schon vor Monaten auf, als der überaus größte Teil der Bergarbeiter das Gesetz noch nicht kannte und somit gar nicht wußte, wie die Leistungen in der Krankenversicherung waren.

Die Zahl der krankfeierenden Bergarbeiter soll von durchschnittlich 6 auf 10 Prozent gestiegen sein. 10 Prozent soll der Durchschnittsatz der Krankfeierenden allgemein sein, bei den reinen Kohlenarbeitern sogar 20 Prozent. Für diese ganz willkürlich hingeworfenen Zahlen dürfte wohl jede Unterlage fehlen. Als Karikatur leistet sich die „D. Bergw.-Ztg.“ folgendes:

Für die Höhe der Krankengelder, sagen wir im Oktober, ist maßgebend die Höhe des Gehingelohnes im August. Hat der Bergarbeiter im August ein gutes Gehinge und somit einen hohen Lohnsatz gehabt und ist er im Oktober, wie das im Bergbau nicht anders ist, in ein ungünstiges Gehinge gekommen, so ist einpaß sein Krankengeld im Oktober ohne weiteres höher als sein Lohnverdienst. Ist da für den einfachen Bergmann der Anreiz nicht fast unüberwindlich, nicht in die Grube zu fahren, die Grube niederzulassen und statt dessen bei dem andauernden schönen Herbstwetter krank zu feiern? Gegen solche doch tatsächlich herrschende Verhältnisse sind die verantwortlichen Leiter der Zeche und das Kohlenyndikat machtlos.

Das Krankengeld der Bergarbeiter wird, wie das Gesetz vorsieht, nach dem vollen Tagesentgelt berechnet. Hat z. B. ein Bergarbeiter den Durchschnittslohn der Bauer (84 RM) verdient, so wird diese Summe mit 2 multipliziert und, weil auch für Sonn- und Feiertage Krankengeld gezahlt wird, damit 30 dividiert. 84 RM x 2 = 168 RM. Es beträgt also der Durchschnittslohn 7 RM. Hiervon 30 Prozent, also 210 RM, erhält der Bergarbeiter als Krankengeld. Für Frau und jedes Kind unter 15 Jahren erhöht sich das Krankengeld um 10 Prozent bis zum Höchstbetrage von 1/4 vom Grundlohn, also 210 RM. Dieses Krankengeld soll nun der Anlage zum vollständigen Krankfeiern sein!

Was die „D. Bergw.-Ztg.“ behauptet, ist also, was wir so oft behaupten, daß im Bergbau wohl „verrückte Verhältnisse“ sind, aber nur, weil ein verrücktes Lohnsystem besteht. Sie behauptet auch unsere Behauptung, daß immer noch mit Scheingehinge gearbeitet wird. Es ist doch etwas ganz Selbstverständliches, daß ein Arbeiter, der im August einen guten Lohn verdient hat, dafür sorgt, auch im Oktober gut zu verdienen, es sei denn, daß Verhältnisse in der Arbeit eintreten, die das unmöglich machen. Dann aber liegt immer Veranlassung und sogar die Pflicht der Zecheverwaltung vor, den Gehingehalt dementsprechend zu ändern, damit der Mann zu einem vernünftigen Lohn kommt. Es sind also die verantwortlichen Leiter der Zeche schon in der Lage, gegen die „tatsächlich herrschenden Verhältnisse“ vorzugehen und Abhilfe schaffen zu können, wenn sie nur wollen.

Aber ganz abgesehen davon, behaupten wir, daß die Ausgaben der „D. Bergw.-Ztg.“ falsch sind. Daß die Krankenziffer gestiegen ist, stellen wir nicht in Abrede, sondern bestreiten es, nur nicht in der von der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ angegebenen Höhe. Ursache ist aber nicht das hohe Krankengeld, sondern es sind andere Faktoren. Einmal dürfte feststehen, daß zu verschiedenen Jahreszeiten die Krankenziffern im allgemeinen steigen. Weiter ist es, daß eine Anzahl Zechen immer einen hohen Kranken-

stand haben und über den Normalstand hinausgehen. Ein Beispiel nur: Auf einer Zeche im Bergrevier Dortmund entfielen im Jahre 1924 auf 100 Versicherte 3,8 Krankheitsfälle, dagegen auf einer Zeche nördlich der Höhe 13,8. Es dürfte nicht unbekannt sein, daß das augenblickliche Antreibesystem im Bergbau diese Erleichterungen verursacht und nicht nur hinsichtlich der Krankheitsfälle, sondern auch der überaus großen Zunahme der Unfälle. Oder will die „D. Bergw.-Ztg.“ behaupten, daß auch diese auf die hohen Renten zurückzuführen sind? Haben sich doch auf einigen Schachtanlagen ungeheuer viel Unglücksfälle in letzter Zeit ereignet, auf Radbod z. B. bis Ende August 13 tödliche, auf Sachjen 12, auf Westfalen 7; von Januar bis einschließlich August auf sechs Schachtanlagen im Revier Damm 43 tödliche Unfälle. Jede Radbod hat bis Ende August bei 2174 Belegschaftsmitgliedern 26 Schwer- und 1103 Leichtverletzte zu verzeichnen, Zeche Westfalen 46 Schwer- und 484 Leichtverletzte bei einer Belegschaft von 3418 Mann.

Wenn man diese Zahlen betrachtet, bekommt man auch ein Verständnis für die Zunahme der Krankheitsfälle. Schuld an der erhöhten Krankenziffer und auch an den ungeheuren Unglücksfällen liegt an dem Antreibesystem und dem wahnsinnigen Ueberstichtensystem. Sind uns doch Fälle bekannt, wo bis zu 35 und 38 Schichten verfahren sind. Wo die Leute sich weigern, Ueberstichten zu verfahren, wird mit Entlassung gedroht. Auf einigen Schachtanlagen ist man an die Leute herantreten, ihren Urlaub gegen Bezahlung abgelten zu lassen. Trotzdem es ein Verstoß gegen den Tarifvertrag ist, wird es vom Zechenverband gebilligt. Leider haben sich Bergarbeiter dazu hergegeben. Daß dabei die Arbeiter über kurz oder lang zusammenbrechen müssen, steht wohl außer Zweifel. Hier sollte die „D. Bergw.-Ztg.“ einmal ihre Führer austreten und sich von den Zechenverwaltungen das Material zur Veröffentlichung übermitteln lassen, dann wird sie auch sofort die Ursachen des Leistungsrückganges kennen. Objektiv bleiben müßte doch die Parole der „D. Bergw.-Ztg.“ sein, besonders im Zeitalter Silberbergischer Reben. Nicht die Schuldigen draußen suchen, vielmehr Licht ins eigene Lager, weil nur dort und nur dort die Ursachen liegen.

Die naive Anfrage, ob es für das Gewissen der Herren Gewerkschaftsführer sehr befriedigend wäre, solche Früchte ihrer Tätigkeit ernten zu können und auf diese Weise der heutigen Wirklichkeit auf die Beine zu helfen“, muß an die Unternehmer gerichtet werden, ihr Gewissen ist von dieser Schuld nicht freizusprechen!

Die Sparfähigkeit der Arbeiter unter Kontrolle.

Die IG Farbenindustrie A.-G. hat ihren Arbeitern und Angehörigen durch Anschlag mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, eine Sparkasse für Betriebsangehörige zu errichten. Diese Sparkasse soll für alle Einlagen Vorzugsveranlagungen gewähren und außerdem den Betriebsangehörigen, deren Jahresinkommen 2000 RM nicht übersteigt, eine nach Leistung und Dienstalter bemessene zusätzliche Jahresprämie vergüten. Die Verzinsung und die Prämien sollen dem Geschäftsgang des Wertes angepaßt werden. Sie sollen also hoch sein, wenn der Geschäftsgang gut ist und umgekehrt, wenn er ein minderes Ergebnis aufweist. Der Farbenruff macht mit dieser Sparkasse den Versuch, die Arbeiter und Angestellten an das Wert zu fesseln und sie am Geschäftsgang des Wertes zu interessieren. Man erinnere sich, daß vor einigen Jahren der Einfluß einer Arbeiterkassette das Wort geredet wurde. Die Firma Krupp schickte offiziell eine Arbeiterkassette ein, schaffte diese jedoch ab, als die heutige Fährung auf seinen Füßen stand. Seitdem hat man von Arbeiterkassetten wenig mehr gehört. Der Farbenruff sagt uns das Problem von einer anderen Seite an und es ist möglich, daß er dabei bessere Resultate erzielt, als die Firma Krupp mit ihrer Arbeiterkassette. Es muß abgewartet werden, inwiefern die IG Farbenindustrie mit dieser Sparkasse Erfolge zu verzeichnen haben wird. Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Kontrolle der Sparfähigkeit der Belegschaft durch eine Betriebskassa außerordentliche Gefahren in sich birgt, da die Firma bei großen Sparanlagen leicht auf den Gedanken kommen könnte, daß es der Belegschaft besonders gut gehe. Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterkassette in der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten in erster Linie den Familien gehören, die von ihnen aufgebaut und kontrolliert werden.

Kommunistische Wählerarbeit.

Ueber die Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkomitees in Ostende haben kommunistische und bürgerliche Zeitungen Meldungen verbreitet, die in jeder Beziehung irreführend und erdichtet sind. So bringt das kommunistische „Ruhr-Echo“ (Essen) als eigene (!) Meldung aus Ostende die gleiche, in jedem Punkte unzutreffende Mitteilung, die die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ aus Ostende erhalten haben will. Diese Übereinstimmung der Berichterstattung in kommunistischen und Unternehmerrorganen ist ebenfalls auffallend, wie ihr Inhalt falsch ist. Der Sekretär des britischen Bergarbeiterverbandes, Cook, der angeblich „in lebendigen Worten an die Delegierten appelliert haben soll, alles daran zu setzen, um einen internationalen Solidaritätsstreik durchzuführen“, hat in der Ostender Sitzung lediglich einen durchaus sachlichen Bericht über die Kampflage in Großbritannien und den Gang der Verhandlungen mit der englischen Regierung erstattet. Auch kann keine Rede davon sein, daß sich die „Besprechungen zum Teil sehr erregt“ gestaltet hätten; vielmehr vollzogen sich die Beratungen in völlig würdiger und kameradschaftlicher Form. Ebenso unrichtig ist die in den kommunistischen und bürgerlichen Falschmeldungen wiederergebene Erklärung der amerikanischen Delegierten, da überhaupt kein amerikanischer Delegierter sich über die Aussichten einer Generalstreikparole in dem angegebenen Sinne geäußert; die angegebene Ziffer von 10 Prozent Streikwilligen ist von niemand erwähnt worden. Endlich ist auch falsch, daß die englischen Delegierten erklärt haben sollen, daß zurzeit auf keinen Fall mehr als 15 Prozent der Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Richtig vielmehr ist, daß die englischen Delegierten eine ähnliche Darstellung der britischen Unternehmerrpresse als übertrieben und tendenziös bezeichneten.

Weitere Mitteilungen der kommunistischen Presse über die Haltung der deutschen Bergarbeiterdelegation in Ostende sind genau so erfunden. Der angebliche Hinweis, zur Begründung des deutschen Standpunktes, auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften und die Lage im Saargebiet ist nie erfolgt, wobei auch besonders unerfindlich ist, welche Bedeutung ausgerechnet die Lage im Saargebiet in diesem Zusammenhang haben soll. Die „Rote Fahne“ geht noch weiter und behauptet, die deutsche Delegation hätte die Reparationskohlenverpflichtungen als „Ausrede“ benutzt. Wie jedermann bekannt sein könnte, hat Deutschland zu keinem Zeitpunkt auch nur ein Gramm Reparationskohle nach England geliefert. Die deutsche Delegation ist in keinem Punkte von den Instruktionen abgewichen, die sie von der Düssel-dorfer Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes einstimmig erhalten hat. Damit dürften sich die durchsichtigen und deutlich übereinstimmenden Kombinationen der kommunistischen und Unternehmerrpresse erledigen.

Auf diese bereits in der Tagespresse erschienene Nichtigstellung der verschiedenen Falschmeldungen über die Ostender Tagung hat das „Ruhr-Echo“ in der Nummer vom Freitag, dem 8. Oktober, zu einer Antwort auszuholen versucht. Zuerst den Versuch machend, das Selbstverständliche der Tatsache nachzuweisen, daß bürgerliche und kommunistische Zeitungsmeldungen miteinander übereinstimmen können, glaubt es doch den Nachweis erbracht zu haben, daß in Ostende wirklicherrat geübt wurde. Dabei ist folgendes interessant: Das „Ruhr-Echo“ hat zur Liebererinstimmung seiner Falschmeldung mit der bürgerlichen Presse nur zu sagen, daß Meldungen von Telegraphenbüros immer gleichzeitig der bürgerlichen und proletarischen Presse zugehen und doch letzten Endes die Kommentierung ausschlaggebend ist.

Nichtig! Darauf gerade kommt es an, nämlich auf die Kommentierung. Gerade die Kommentierung dieser Falschmeldung, vom „Ruhr-Echo“ als eigene Meldung wiederzugeben, ist es, die von jedem vernünftigen Arbeiter und Gewerkschafter Verurteilung finden muß. Alles, was das „Ruhr-Echo“ im Anschluß an diese Meldung gebracht hat — und das geschah bis heute in jeder Nummer — ist, weil auf falschen Tatsachen beruhend, Verleumdung. Statt dieses zuzugeben, schimpft man aber lustig weiter und hält sich hierzu für berechtigt, weil „die Kernfrage“ nicht beantwortet sei, die da lautet: „Sind die deutschen Delegierten für den Streik eingetreten oder nicht? Wenn nein, wie haben sie diesen begründet?“ Wir haben zu dieser naiven Frage nur auf unseren Bericht über die Reichskonferenz in Düsseldorf hinzuweisen, der mehr wie die Titelseite unseres Organs in Nr. 41 umfaßt, neben einem Bericht über die Ostender Tagung in derselben Nummer, die mit erschöpfender Klarheit auf diese Frage antwortet. Wir möchten dem „Ruhr-Echo“ empfehlen, dort einmal nachzulesen. Die deutschen Delegierten in Ostende haben nichts weiter getan wie die Instruktionen befolgt, die sie auf der Reichskonferenz erhielten und die in aller Deutlichkeit in unserem Bericht über dieselbe enthalten sind.

Unsere Mitglieder werden wohl selbst den Kopf schütteln über die lustig-freche Behauptung des „Ruhr-Echo“, daß wir die Instruktion der Reichskonferenz nicht befolgt haben. Aber das Beispiel ist belehrend, wie strupplos diese Leute arbeiten, wenn es gilt, das Vertrauen der Arbeiterschaft in ihre Organisation zu unterhöhlen. Kein Wunder, daß ihnen das Wort „Verrat“ dauernd auf der Zunge liegt, denn wovon das Herz voll ist, läuft der Mund über.

Wie diese Leute in der Praxis arbeiten, mag noch folgendes bezeichnen. Auf unserer Reichskonferenz in Düsseldorf lief folgendes Telegramm ein:

„Gemeinsam tagende Belegschaften Vortrags begrüßen Reichskonferenz. Versammlung erwartet von Konferenz Streikbeschluss zum 1. Oktober für Unterführung englischer Bergarbeiter und Durchdringung Forderung deutscher Bergarbeiter: Siebenstundenschicht, 20 Prozent Lohnerhöhung.“

Dieses Telegramm wurde in einer Versammlung angenommen, die bei einer Belegschaftsstärke der Vortrags Schächte von 16 000 Mann 250 Besucher hatte. Als Lochmittel hatte man auf die Tagesordnung gesetzt: „Bericht des Rußlanddelegierten Dvorjak.“ Den Wert dieses Telegramms zu beurteilen überlassen wir unseren Lesern selbst.

Ebenso aber verhält es sich mit allen übrigen Entschliessungen, die vereinigt aus drei bis vier Jahrestellen durch das „Ruhr-Echo“ gemeldet wurden. Ein Duzend treuer Anhänger wird zusammengetrommelt und irgendeine bestellte Resolution angenommen, die im „Ruhr-Echo“ dann solch als der „unwiderstehliche Wille“ der gesamten Ruhrbergarbeiter erscheint. Auch von einzelnen Betriebsräten meldet das „Ruhr-Echo“ Generalstreikbeschlüsse. Wir wollen die Wahrheit dieser Meldungen gar nicht untersuchen und hier nur sagen, daß solche Beschlüsse natürlich völlig daneben gehen. Nach den Grundätzen des DGB und unseres Verbandes über die Betriebsräte ist derartige Beschlüsse für die Betriebsräte ausgeschlossen. Für uns bleiben solche Beschlüsse unbeachtet, da die Streikmöglichkeit, verbandspolitisch gesehen, sich nur aus unseren Statuten ergeben kann.

Wer entgegen diesen Vorschriften eine andere Taktik übt oder befolgt, setzt sich der Gefahr aus, mit den Gießener Generalversammlungsbeschlüssen in Widerspruch zu kommen. Wir bitten unsere Mitglieder, sich von allen solchen Machenschaften fernzuhalten und auch das „Ruhr-Echo“ in seiner eigentlichen Aufgabe, das Vertrauen in die Organisation zu unterhöhlen, zu würdigen und entsprechend zu handeln.

Bei diesem Bericht bemängelte der erste Vorsitzende, daß es ein unglücklicher Zustand sei, wenn Grubenunternehmer im April noch mit ihren Beiträgen, wie dieser Bericht zeigt, in Höhe von 18 000 Mk. im Rückstand sind. Er sehe sich veranlaßt, gerade bei der Beitragsrückzahlung von den schärfsten Maßnahmen Gebrauch machen zu müssen. Allem Anschein nach gibt es Grubenunternehmer, welche glauben, Beiträge zur Sozialversicherung überhaupt nicht abführen zu brauchen. Mehrere Zwangsvollstreckungen sind in letzter Zeit durchgeführt worden. Falls hierbei die Gelder nicht hereinkommen, beabsichtige er, durch die Staatsanwaltschaft feststellen zu lassen, wo die Beiträge der Arbeiter, welche diesen abgehalten wurden, geblieben sind.

Durch diese Kassenrevision ist aber festgestellt worden, daß das Vermögen der Bezirksknappschaftskrankenkasse Gießen annähernd 50 000 Mk. höher ist, als die Verwaltung in ihrem im Juni herausgegebenen Bericht angab.

Vom Angestelltenvertreter des Afabundes wurde die Frage gestellt, ob ein Versichertenvertreter in der Gießener Knappschaft wäre. Dieses mußte vom ersten Vorsitzenden verneint werden, da nach Ansicht der Arbeitgeber und des Angestelltenvertreter in der Gießener Knappschaft ein Versichertenvertreter nicht notwendig sei.

Gerade diese Bezirksversammlung zeigt, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft in alle Positionen, wo sich nur Gelegenheit bietet, eindringen muß. Sätte Kamerad Riese am 18. August den Vorsitz nicht übernommen, so wäre jedenfalls eine Klarstellung der Kassenverhältnisse in der Krankenkasse nicht vorgenommen worden. Wir wollen niemandem böse Absichten zutrauen. Wir nehmen an, daß der Verwaltung der Gießener Knappschaft die Verhältnisse infolge der ungeheuren Arbeit, welche in der letzten Zeit zu bewältigen war, über den Kopf gewachsen sind. Doch hätte sie es unserer Ansicht nach gewagt werden müssen, wenn sich Geld- und Wertobjekte im Betrage von 50 000 Mk. mehr in den Büchern befanden, als der Geschäftsbericht aufwies. Hier zeigt es sich, daß auch einfache Arbeiter, welche nur acht Jahre die Schulbank gedrückt haben und zum Besuche einer höheren Schule nicht die Gelegenheit hatten, in der Lage sind, ordnend einzuzureifen.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts. Verlegung in den Schichtlohn und Zulage betr. Rückverlegung in das Gedinge.

Urteil des Berggewerbegerichtes Waldenburg, Kammer I, vom 6. November 1925:

Tatbestand und Entscheidungsgründe:

Der Bergmann Richard Dreßler, Kläger, war bei der Bergwerksdirektion Niederschlesien, Kofswerte und Chemische Fabriken A.-G. Beschäftigter, auf deren Fuchszugrube als Dauer beschäftigt und war im Monat September 1925 als Kohlenhauer im Gedinge tätig. Als solcher verdiente er in dieser Zeit 6,18 Mk. je Schicht. Am 17. September 1925 wurde er plötzlich in die Zimmerung verlegt und verdiente nur noch 4,79 Mk. je Schicht. Kläger behauptet, die von ihm verrichteten Zimmerungsarbeiten seien nur eine vorübergehende Arbeit gewesen und deshalb stünde ihm nach § 7c des Manteltariffs vom 1. Mai 1925 für die Dauer seiner Kündigungsfrist noch sein bisheriger höherer Lohn von 6,18 Mk. zu. Deshalb beantragt er, die Beklagte zu verurteilen, ihm für neun Schichten — so viel kamen von der vierzehntägigen Kündigungsfrist nur in Frage — den Unterschied zwischen den beiden Lohnhöhen, das ist 1,39 Mk., insgesamt 12,51 Mk., zu zahlen.

Beklagte erwidert demgegenüber, daß es sich nicht um eine „vorübergehende“ Arbeit, sondern um eine „planmäßige“ gehandelt habe. Jeder Arbeiter sei verpflichtet, eine gewisse Zeit, in der Regel zwei Monate, Zimmerungsarbeiten zu verrichten, für die der Tarifschichtlohn bzw. ein besonderes Zimmergedinge gezahlt werde. Kläger sei im September an der Reihe gewesen, seine pflichtmäßigen zwei Monate Zimmerung zu verrichten. Infolgedessen hätte die Bestimmung im zweiten Satz der Ziffer d des § 7

des Manteltariffs hier Platz zu greifen, wonach der Anspruch auf den bisherigen Lohn bei vorübergehender, mit niedrigerem Lohn vergüteter Arbeit sich nicht auf die Gedingebauer beziehe, welche planmäßig in Zimmerung kommen. Sie beantragt Abweisung der Klage.

Der Klage wurde aus folgenden Gründen stattgegeben: Daß bei der Verlegung des Klägers aus dem Betrieb vor der Kohle in die Zimmerung eine Verlegung in eine planmäßige Arbeit beabsichtigt war, hat das Gericht auf Grund der mündlichen Verhandlungen als erwiesen erachtet. Diese Verlegung hat am 17. September stattgefunden. Am 1. Oktober ist Kläger nach der Wagrauschachtanlage von der Verlegung befreit worden. Außerdem hat der Betriebsführer der Beklagten auf wiederholte Vorstellungen des Klägers hin seine Rückverlegung in die Kohlearbeit zugesagt. Somit ist die Verlegung des Klägers in eine planmäßige Arbeit nicht aufrecht erhalten worden, sondern durch die Zulage des Betriebsführers und die Verlegung nach dem Wagrauschacht ist die Beschäftigung des Klägers in der Zimmerung nur von kurzer Dauer gewesen. Nach Angabe der Beklagten selbst dauert die planmäßige Beschäftigung in der Zimmerung aber in der Regel zwei Monate. Ein „planmäßig in Zimmerung kommen“ kann dabei nicht vorliegen und die vom Kläger verrichtete Arbeit in der Zimmerung stellt sich nur als eine vorübergehende Arbeit dar, für die nach § 7c des Tarifvertrags der bisherige Lohn für die Dauer der Kündigungsfrist weiter zu zahlen war. Würde die fragliche in der Zimmerung verrichtete Arbeitszeit als eine planmäßige ausgesprochen werden, so würde Kläger durch seine Verlegung nach dem Wagrauschacht geschädigt worden sein, da ihm unter Umständen die auf der Fuchszugrube planmäßig verfabrene Arbeitszeit in der Zimmerung auf die planmäßige in der Zimmerung auf Wagrauschacht zu verfabrende Arbeitszeit nicht angerechnet worden wäre. Daß es sich in vorliegendem Falle auch um eine aus betrieblichen Gründen zu verrichtende vorübergehende Arbeit handelte, geht daraus hervor, daß Kläger nicht geraume Zeit vorher zu der planmäßigen Wenderung seiner Arbeit bestellt wurde, sondern erst ein bis zwei Tage vorher.

Invaliden und Werkwohnung. Ist Invaldisierung ein Grund zur Räumung der Werkwohnung ohne Sicherstellung einer Ersatzwohnung?

Im Wackener Steinkohlenbergbau dominiert der Schweißer Bergwerksverein. Die maßgebenden Instanzen davon unterscheiden sich hinsichtlich ihrer sozial reaktionären Handlungsweise in nichts von ihren Klassengenossen in den anderen Bergbetrieben. Was kümmert diese Schornmacher das Arbeitergeschick! Leitmotiv all ihrer sozialen Handlungsweise ist die Sorge um den Profit. Nur diese war es auch, die den G.W.B. zu einer unglücklich brutalen Handlung gegenüber den Invaliden veranlaßte. Soweit letztere Werkwohnungen innehaben, verfuhrte man, sie auf die Straße zu setzen. Zu diesem Zwecke strengte der G.W.B. Räumungsklagen bei den Amtsgerichten an. Diese haben in der letzten Zeit weit über 100 Urteile gefällt, worin sie unverständlicherweise dem Begehren des G.W.B. stattgaben. Die Invaliden mit ihren Familien wären in eine weit elendere Lage geraten, als sie sich ohnehin schon befinden, falls diese Urteile Rechtskraft hätten. Das Landgericht Wacken gab jedoch der von dem zuständigen Organisationsvertreter erhobenen Beschwerde statt, mit der begehrt wurde, die Räumung von der Sicherstellung einer Ersatzwohnung abhängig zu machen.

In den Gründen des landgerichtlichen Beschlusses — 3 T 398/26 — vom 18. August 1926 wird folgendes gesagt:

Der Beklagte war Arbeiter bei der Klägerin und hatte als solcher von ihr eine Werkwohnung zugewiesen erhalten. Infolge von Invaldisierung mußte er aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. Die Klägerin verlangt daher die sofortige Räumung der Wohnung. Durch das angegriffene Urteil ist der Beklagte zur Räumung verurteilt worden, ohne daß die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil von der Sicherstellung einer Ersatzwohnung abhängig gemacht wurde. Es wurde dem Beklagten lediglich eine Räumungsfrist aus § 721 P.D. gewährt. Wegen dieses Urteils hat der Beklagte form- und fristgerecht Beschwerde eingelegt. Er wendet sich dagegen, daß die Räumung nicht von der Sicherstellung einer Ersatzwohnung abhängig gemacht wurde.

Die Beschwerde ist begründet. Die Auffassung des Vorberichters, daß bei der Invaldisierung für die Aufhebung des Mietverhältnisses die Gewährung eines Vollstreckungsschutzes des W.Sch.G. nicht in Betracht komme, ist rechtsirrig.

Die §§ 20, 21 W.Sch.G. bestimmen ausdrücklich, daß die §§ 1—19 auch über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus Geltung haben. Also auch nach der Auflösung des Dienstverhältnisses besteht der Mietvertrag über die Werkwohnung weiter. Daher muß der Arbeitgeber, wenn er die Wohnung geräumt haben will, die Aufhebungsklage erheben. Er kann nicht einfach gemäß § 27 W.Sch.G. die Herausgabe der Wohnung verlangen, da ja das Mietverhältnis noch fortbesteht und dieses erst aufgehoben werden muß. Auf Herausgabe der Wohnung kann nur geklagt werden, wenn der Mietvertrag beendet ist. Dies ist aber nicht der Fall bei der Aufhebung des Dienstverhältnisses, da gerade das Gesetz für diesen Fall die Verlängerung des Mietverhältnisses vorsieht. Wenn der Absatz 2 Satz 2 des § 27 W.Sch.G. davon spricht, daß für Räume, die nur mit Rücksicht auf ein bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis vermietet oder überlassen sind, Absatz 1 Satz 1 und 3 nur Anwendung finden, also Satz 2, der die Sicherung einer Ersatzwohnung behandelt, nicht, so kann dies nur in den Fällen gelten, in welchen es auch bei Werkwohnungen einer Aufhebungsklage nicht bedarf. Dieser bedarf es aber lediglich nach Satz 2 Abs. 1 des § 20 W.Sch.G. nur dann nicht, wenn der Mieter durch sein Verhalten dem Vermieter gesetzlich begründeten Anlaß zur Auflösung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gegeben hat oder wenn der Mieter das Dienstverhältnis aufgelöst hat, ohne daß ihm vom Vermieter ein Anlaß hierzu gegeben war. Die Invaldisierung eines Arbeiters erfüllt aber diese Voraussetzungen nicht. Es können damit nur Fälle gemeint sein, in denen der Arbeiter das Dienstverhältnis aus freien Stücken aufgibt, wenn auch aus Gründen, die in der Person des Arbeitgebers liegen. Aber es können nicht die Fälle gemeint sein, in denen der Arbeiter invaldisiert wird. Das Gesetz hat gerade für diesen Fall den Satz 1 Absatz 1 des § 20 geschaffen. Dabei ist es gleich, aus welchen Gründen die Invaldisierung erfolgt, denn es lassen sich kaum Fälle denken, in denen der Satz 1, also Verlängerungen des Mietverhältnisses, Anwendung finden könnten.

Hat nämlich der Arbeiter dem Arbeitgeber zur Kündigung des Dienstverhältnisses Anlaß gegeben, so findet die erste Alternative, hat der Arbeiter freiwillig den Dienst aufgegeben, so findet die zweite Alternative des Satzes Absatz 1 § 20 W.Sch.G. Anwendung. Deshalb der Gesetzgeber aus den Gründen des Satzes 2 die Klage auf Aufhebung für nicht erforderlich erklärt hat, hat seine innere Berechtigung, denn der Gesetzgeber hat keine Veranlassung, einen Mieter zu schützen, der dem Vermieter Anlaß zur Auflösung des Dienstverhältnisses gegeben hat, oder der aus freiem Willen den Dienst aufgibt. Wenn man daher die Invaldisierung nicht unter Satz 1 rechnen würde, so hätte dieser Satz kaum eine Berechtigung. Die Invaldisierung erfolgt nicht aus freiem Willen des Arbeiters. Entweder zwingen diesen Krankheit oder im Gesetz vorgesehene Gründe hier. Der Gesetzgeber hat daher aus verständlichen sozialen Gründen bei der Invaldisierung den Mietervertrag für fortbestehend erklärt und es kann die Räumung dann nur unter den Voraussetzungen des § 2—4 W.Sch.G. erfolgen. Es soll nicht verkannt werden, daß dies unter Umständen eine Härte für den Arbeitgeber sein kann. Aber die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen legt allen Hausbesitzern Lasten auf und es kann ein Teil der Hausbesitzer hieron nicht ausgenommen werden. Der soziale Charakter des Gesetzes muß auch hier Anwendung finden und es ist für den Mieter eine viel größere Härte, wenn er obdachlos wird.

Gemäß § 22 W.Sch.G. hätte daher zunächst das Mietverhältnis aufgehoben und der Beklagte daraufhin zur Herausgabe der Wohnung verurteilt werden müssen. Da das Urteil insofern nicht angegriffen ist, so war lediglich über die Nichtsicherung einer Ersatzwohnung Entscheidung zu treffen.

Aus den oben erwähnten Gründen war dem Antrage des Beklagten stattzugeben und das Urteil des Amtsgerichts insofern abzuändern.

Fragen der Arbeiterversicherung. Lohnkufen, Krankengeld und Hausgeld in der Ruhrknappschaft. Berichtigung.

In oben benannter Abhandlung, die wir in Nr. 40 der „B.-Z.“ brachten, ist ein irreführender Druckfehler enthalten. An den Stellen der Abhandlung nämlich, an denen es heißt, daß bei der Feststellung der Lohnkufen der Lohn des der Erkrankten vorhergehenden Monats zugrunde gelegt wird, muß es richtig heißen: **vorvorhergehenden Monats.**

Bezirksversammlung der Gießener Knappschaft. Ein laßter Kassenbericht.

Am 26. September tagte die nach § 253 des R.K.G. einzuberufende außerordentliche Bezirksversammlung der Gießener Knappschaft. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl der Vertreter der Arbeitgeber für die Arbeiterabteilung zur Hauptversammlung des R.K.G. 2. Wahl der Vertreter der Arbeitgeber für die Angestelltenabteilung zur Hauptversammlung des R.K.G. 3. Wahl der Vertreter der Angestellten zur Hauptversammlung des R.K.G. 4. Wahl der Vertreter der Arbeiter zur Hauptversammlung des R.K.G. 5. Rechnungslegung der Krankenkasse.

Zu Punkt 1, 2 und 4 berichtete der Vorsitzende, daß eine Wahl nicht notwendig sei, da seitens der Arbeitgeber und der Arbeiter je nur eine Liste eingereicht worden ist, und diese demnach als gewählt zu betrachten seien. Für die Angestelltenabteilung wären drei Listen beim R.K.G. eingegangen, wonach nunmehr eine Wahl stattfinden hätte.

Nach getätigter Wahl wurde festgestellt, daß für den Afabund ein gültiger Stimmzettel und für den Gewerkschaftsbund der Angestellten, welcher bisher allein in der Gießener Knappschaft vertreten war, zwei gültige Stimmzettel abgegeben worden sind. Das Resultat wurde sofort nach Berlin an den R.K.G. abgemeldet.

Zu Punkt 5 berichtete der Vorsitzende, daß die Berichte der Krankenkasse für die Jahre 1921—25, welche im Juni von der Verwaltung der Gießener Knappschaft herausgegeben worden sind, nicht den Tatsachen entsprechen.

Bald nach Uebernahme des Amtes des ersten Vorsitzenden durch unseren Kameraden Riese lag derselbe sich genötigt, auf Veranlassung des R.K.G. die Reichsinvaliden- u. die Reichsangeestelltenversicherung, soweit diese durch die Bücher der Gießener Knappschaft geführt wurden, einer Prüfung durch einen berechneten Bücherrevisor zu unterziehen. Hierbei veranlaßte Kamerad Riese aber auch zu gleicher Zeit, daß auch die Krankenkasse vor dem Beginn ihrer Zusammenlegung ebenfalls einer Revision unterworfen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß nicht nur die von ihm seinerzeit als Vorstandsmitglied bemängelten Zahlen nicht stimmten, sondern daß der Ueberanschlag noch über die im Bericht angegebenen Summen weit hinausging.

Im Bericht vom Jahre 1924 wurde ein Vermögensbestand von 152 784,58 Mk. von der Verwaltung seinerzeit angegeben. Es konnte jedoch damals ein Betrag von 25 101,04 Mk. in der Einnahme nicht festgestellt werden. Im Jahre 1925 wurde das Vermögen seinerzeit auf 262 208,56 Mk. angegeben, was bei der Kassenprüfung nicht als richtig befunden wurde. Nach Prüfung der Krankenkasse, soweit der geldliche Verkehr durch die Gießener Knappschaft gegangen ist, wurde ein tatsächlicher Vermögensbestand am 1. Jan. 1926 wie folgt festgestellt: Kassenbestand 100 688,55 Mk., Bankguthaben 25 525 Mk., Kapitalanlage (bei der A.-G. für Blei- und Zinterbergbau in Stollberg) 128 190,96 Mk., rückständige Beiträge 15 503,34 Mk., Immobilien 12 000 Mk., Inventar 3603,00 Mk., Aufwertung von Sparkausguthaben 7248,51 Mk., Aufwertung von Wertpapieren 17 396,34 Mk., Gesamtvermögen 313 217 Mk. Hieron gehören dem R.K.G. die Vermögensanteile, welche am 1. Jan. 1924 vorhanden waren, im Gesamtbetrage von 93 145,10 Mk.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaftsbesserung im Spiegel der Konfursziffern.

Hatte schon der Monat August die nach der Währungsstabilisierung niedrigste Konfursziffer aufzuweisen, so kann der September 1926 ein noch besseres Ergebnis aufweisen. Und es scheint, daß die Besserung der Geschäftslage anhält und wir schließlich in die glückliche Lage kommen, überhaupt keine Konfursziffern registrieren zu brauchen. Die Vorkriegszeit wies pro Monat noch rund 1000 Konfurs auf, jetzt ist deren Zahl weit über die Hälfte niedriger. Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der letzten Zeit:

Monatsdurchschnitte	1925	Konfurs:	Geschäftsaufträge:
1. Vierteljahr 1926	901	455	
2. Vierteljahr 1926	1881	1439	
Juli 1926	1051	645	
August 1926	682	345	
September 1926	490	222	
	476	147	

Ein Ausländer, der diese Entwicklung verfolgt, muß zu der Überzeugung kommen, daß in Deutschland die beste Wirtschaftslage der Welt zu verzeichnen sei. Daß dem nicht so ist, lehrt ein Blick auf den Arbeitsmarkt. Ein Vergleich der Konfursziffern und der vorhandenen Zahl der Arbeitslosen zeigt aber auch, daß es der Geschäftswelt wesentlich besser gehen muß, als der arbeitenden Klasse. Sie offenbart die Tatsache, daß die Krise besonders hart diejenigen trifft, die von Lohn oder Gehalt leben müssen.

Vom goldenen Segen an der Börse.

Die letzten Zweimonatsbilanzen der deutschen Kreditbanken vom 31. August 1926 zeigten, daß der größte Teil des Kreditorenzuwachses, also der Einlagen der Privatbankwirtschaft, den Börsengeschäften zugeflossen waren, sicher eine bedenkliche Tatsache, daß die in der Wirtschaft freigewordenen Gelder nicht den Arbeitsstätten zuströmen, sondern der Börsenspekulation zugute kommen. Dies zeigt, welche verkehrten Wege die wirtschaftliche Entwicklung beschreitet, wenn sie privatkapitalistisch beeinflusst ist und die einheitlichen Richtlinien entbehrt. Man glaubte man Anfangs September, daß die Börsenkurse der Aktienpapiere zum Stillstand gekommen seien, so hat sich dies als unrichtig erwiesen. Die Berechnungen, die die Commerz- und Privatbank in ihrem letzten Monatsbericht für September aufstellt, lassen erkennen, daß die Aktienkurse auch im September gestiegen sind. Die Entwicklung der Aktienkurse kennzeichnet nachstehende Tabelle:

Goldparität:	Ende Septbr. 1925	Ende August	Ende Juli	Ende Dezbr. 1925
unter 50 %	14,9	14,3	21,9	46,4
50-70 %	21,7	23,5	23,9	27,7
75-100 %	21,7	21,1	20,4	16,1
100-150 %	28,4	29,3	26,6	8,7
150-200 %	10,4	9,2	5,7	1,1
über 200 %	2,9	2,6	1,5	—

Die Zahl der Auf- und Ueberparität notierten Aktienwerte hat sich von 41,1 auf 41,7 Prozent erhöht. Besonders bemerkenswert ist die Vermehrung der Zahl derjenigen Werte, die über 150 bzw. 200 Prozent notieren. Am meisten gesteigert waren Stein- und Braunkohlewerte. Die Börsengeschäfte blühen also immer weiter!

Die Entwicklung auf der Gegenseite.

Im Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für die Gewerbeaufsichtsbezirke Berlin finden wir einige Feststellungen, die es verdienen, mitgeteilt zu werden. So lesen wir: Bemerkenswert ist die Feststellung, daß in zehn Betrieben, die zusammen durchschnittlich 7940 Arbeiterinnen beschäftigten, im Jahre 1925 nur 376 Geburten, dagegen 461 Fehlgeburten beobachtet wurden... Augenommen hat die Beschäftigung von Kindern, z. B. als Wäckerinnen, beim Zeitungsausbringen und bei Arbeiten für den Wochenmarkt vor dem Vormittagsunterricht, beim Regelauflegen nach 8 Uhr abends oder Sonntags. Soweit fremde Kinder beschäftigt wurden, handelte es sich oft nur um vorübergehende Beschäftigung, durch die sich die Kinder Mittel zur Erfüllung besonderer Wünsche zu verschaffen suchten, z. B. Beschaffung eines Fahrrad, eines Raubjagttappes oder eine Ausstattung für die Einsegnung... Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle hat im Vergleich zum Vorjahre erheblich zugenommen. Es wurden 1925 aus den Betrieben 234 Unfälle mit 62 Todesfällen gemeldet, gegenüber nur 2339 Unfällen mit 50 Todesfällen im Jahre 1924.

Ein Kommentar hierzu dürfte sich erübrigen.

Was Ford für notwendig hält.

Nach Berichten aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten hat der amerikanische Automobilindustrielle einen neuen Rekord geschlagen. Er hat die Fünftagewoche bei gleichbleibender täglicher Arbeitszeit in seinen Werken eingeführt. Der Lohn soll ebenfalls keine Senkung erfahren. Schon vor längerer Zeit hat Ford in amerikanischen Zeitungen der Meinung Ausdruck gegeben, daß der amerikanischen Bevölkerung, deren hauptsächlichster Bestandteil ebenfalls aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, mehr als bisher Gelegenheit gegeben werden müsse, die von der amerikanischen Industrie erzeugten Waren zu verzehren. Bei der heute bestehenden Freizeit ist dies nicht möglich, es müsse deshalb zur Fünftagewoche geschritten werden. Nunmehr ist Ford zur Verwirklichung dieses Planes geschritten. Mit diesem Wagemut zeigt dieser eigenartige Industrielle, was heute alles möglich ist. In Deutschland arbeitet ein Arbeiter der Schwermindustrie jedesmal 19 Stunden, teilweise nehmend 12 Stunden in der Woche, das ist das Doppelte der Arbeitswoche bei Ford. Wahrscheinlich, ein sehr weiter Unterschied!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Irak glänzender Geschäftslage des Bergbaues eine Kohlenpreiserhöhung.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenabbauland hat die Preise für Sp. und Hagerkohle für die Erntekohlenindustrie erhöht. Diese Erhöhung ist nach dem Kohlenpreiskomitee nicht beabsichtigt worden, so daß es in Kraft tritt, wenn der Reichskohlenverband und der Reichskohlenrat dagegen ebenfalls keinen Einspruch erheben. Unter dieser Voraussetzung ist die Erhöhung in die Nationalisierung im Kohlenbergbau durchgeführt worden. Bekanntlich sind Arbeiter in diesem Jahre eine Mehrzahl von 194 Mill. M. zufließt. Diese Mehrzahl sollen Mehrzahl von 106 Mill. M. gegenüber, so daß sich auf den bisherigen Kohlenpreisen gegenüber, ein neuer Höchststand von 211 Mill. M. ergibt. Trotz dieser glänzenden finanziellen Ergebnisse soll jetzt der deutsche Inlandsmarkt mit höheren Kohlenpreisen bedrängt werden. Man erinnert sich der letzten Lohnbewegung der Bergarbeiter. Die Unternehmer ließen damals alle möglichen Schritte unternommen, um den Bergbau als für die Kohlenproduktion nicht tragfähig erscheinen zu lassen. Die Kohlenpreiserhöhung des Kohlenpreiskomitees beweist wieder einmal, daß die Nationalisierung der Produktion sich nicht in der Verbilligung der Kohlenpreise auswirkt, sondern nur in erhöhten Preisen der Unternehmer zum Ausdruck kommt. Generaldirektor Dr. Sögler hat in seiner Düsselberger Rede erklärt, daß eine Preisänderung auf allen Gebieten erforderlich sei und in der Industrie erhöht werden müsse. Der Inlandsmarkt und daher hier einen Preisrückgang auszuweisen.



Aus dem Kreise der Kameraden

† UNSERE TOTEN †

Bochum-Riemte. Am 2. Oktober verunglückte auf der Bede Constantin 8/9 unter Kamerad Heinrich Kurth im Alter von 45 Jahren. — Am 3. Oktober starb unser Kamerad Heinrich Bagmeier infolge eines schweren Leidens im Alter von 47 Jahren. Beide Verstorbenen waren über 20 Jahre Mitglieder des Bergarbeiterverbandes. Als treue und aktive Kämpfer haben sie sich in den Reihen der Arbeiterschaft ein bleibendes Andenken gesichert. Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Vertrauensmännertagung in Aachen.

Die Bezirksleitung Aachen unseres Verbandes hatte die Vertrauensleute des Ruhrreviers zu einer Konferenz am 3. Oktober in das Gewerkschaftshaus zusammenberufen. Kamerad Schlotter gab zunächst einen Bericht über

die letzten Lohnverhandlungen.

Dieselben gestalteten sich sehr schwierig, da die Unternehmer nicht geneigt waren, Zugeständnisse zu machen. Wie immer betonten die Herren, daß der Bergbau nicht in der Lage sei, eine Lohnverhöhung zu tragen. Die Lage der Werke sei durchaus nicht so günstig, wie von Arbeitnehmerseite angenommen würde. Von unserer Seite wurde daraufhin der Schlichter angerufen und vertiefen auch hier die Verhandlungen anfänglich ergebnislos. Der Schlichter erklärte, wenn die Organisationen an der gestellten 15prozentigen Lohnverhöhung festhielten, sei es ausgeschlossen, die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu bringen. Aus taktischen Gründen habe es die Bezirksleitung für zweckmäßig gehalten, auf eine Verhandlung hinzuwirken. Durch Verständigung sei nach langwieriger Verhandlung eine Lohnverhöhung von 4 Prozent erzielt worden. — Zur

Siedlungsfrage

übergehend, wurde betont, daß eine Anzahl Ruhrbergarbeiter im Ruhrrevier in Arbeit getreten seien. Dieselben seien im Ledigenheim untergebracht. Die Zustände in diesen Häusern könnten jedoch nicht als menschenwürdig bezeichnet werden. Der Bergamtsbezirk sei in letzter Zeit Mittel für 300 Bergamtswohnungen zur Verfügung gestellt worden.

Die Werbewoche habe für das Ruhrrevier insgesamt 329 Aufnahmen gebracht, doch dürfe die Werbewoche damit noch nicht zum Abschluß gekommen sein.

Zum Schluß wurde von dem Referenten das Programm für den Unterrichtskursus für gewerkschaftlich organisierte Bergarbeiter bekannt gegeben.

Der Unterrichtskursus

findet in Herzogenrath in der Zeit vom 24. bis zum 30. Oktober statt. Insgesamt sind sieben Vorträge vorgesehen. Gehalten werden dieselben von Lehrern der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf.

Ueber das neue Verbandsstatut referierte Kamerad Engelhardt. Er wies insbesondere auf die Beiträge hin, die nunmehr zu entrichten sind, und auf die Unterbringungsfrage nach dem neuen Statut. Nach § 9 des Statuts sind folgende Wochenbeiträge zu zahlen: Gedingearbeiter 1 M., Schichtführer unter Tage und Angeleitete über Tage sowie solche mit gleichem Lohn und über 20 Jahre 80 Pf., Angeleitete und Mitglieder von 19 Jahren 70 Pf., von 16 bis 19 Jahren 40 Pf., Jugendliche unter 16 Jahren 20 Pf., Invaliden 20 Pf. Zu diesen Beiträgen ist in allen Gruppen ein Bezirksbeitrag von 10 Pf. zu entrichten, mit Ausnahme der Invaliden, die einen Bezirksbeitrag von 5 Pf. zahlen.

Ueber die am 26. und 27. September in Düsseldorf stattgefundenen Reichskonferenzen wurde gleichfalls vom Kameraden Engelhardt ein kurzer Bericht gegeben.

Das Vorstandsmittglied Waldhede referierte über die am 30. September und 1. Oktober in Ostende stattgefundenen Internationalen Bergarbeiterkomiteesitzung. Beide Referate wurden beifällig aufgenommen. Eine lebhaft, aber sachliche

Diskussion

setzte ein. Zehn Diskussionsredner schilderten die von den Unternehmern verlangten hohen Leistungen und die lange Arbeitszeit. Nur im Ruhrrevier und in Oberschlesien würden im Steinkohlenbergbau noch 8 1/2 Stunden gearbeitet. Die Öffentlichkeit müsse sich mit der überlangen Arbeitszeit mehr wie bisher befassen. Beim Aufsuchen eines Fremdschichtes verlange man auf den Anlagen des Schichtführers Bergwerksvereins eine Leistung von 4 Wagen pro Schicht und Kopf und 2 Meter Auffahren. Die neu angelegten Ruhrbergarbeiter könnten sich vielfach mit der flachen Lagerung im Ruhrrevier nicht befremden.

Die Bergamtswohnung liege viel zu wünschen übrig. Im Sommer sei das Haus voller Fliegen, weil die Ställe direkt mit in die Häuser eingebaut würden. So seien jetzt wieder 18 bis 24 Wohnungen an einer Stelle neu errichtet. Auch hier seien wieder die Ställe mit in die Häuser eingebaut worden.

Ein Betriebsauschussmitglied von Kordforn teilte mit, daß er bei seinen Befahrungen wiederholt

Ueber diversen Arbeitspunkten Schlagwetter

festgestellt habe. An verschiedenen Betriebspunkten seien 2 bis 3 Prozent Wetter im ausbleibenden Wetterstrom vorhanden gewesen. Die Hauptwetterstunde im Revier III zur Wetterjahre liege jetzt Monaten zu Bruch. Die Wetter würden durch andere Reviere zur Wetterjahre abgeführt. Vertriebt würde nur, wenn der Entwahner oder die Bergbehörde komme. Er habe die vorhandenen Mißstände in das Jahrbuch eingetragen und dies wiederum dem Betriebsführer vorgelegt. Der zuständige Bergwerksbeamte sei in Kenntnis gesetzt worden. Vor etwa sechs Wochen habe der Bergamt Müller eine Befragung vorgenommen, ohne den Betriebsrat davon zu verständigen. Sämtliche Befragten des Betriebs seien er dazu verpflichtet gewesen. Trotz der Befragung des Bergwerksbeamten seien die Mißstände aber bis jetzt noch nicht beseitigt.

Ein anderer Diskussionsredner teilte mit, daß die Verwaltung des Schächter Bergwerksvereins Lohnverhandlungen mit den Beamten geführt habe. Den Beamten sei gesagt worden, man wolle ihnen eine fünfprozentige Gehaltserhöhung zugestehen, wenn sie bereit seien, ihrerseits auf 20 Prozent des Urlaubes zu verzichten.

Der Vorhabe des Ortsauschusses Aachen.

Kollege Sägler, der gleichfalls an der Konferenz teilnahm, richtete einen kurzen Appell an die Vertrauensleute und forderte sie auf, dafür zu sorgen, daß im Ruhrrevier ein starker Bergarbeiterverband zustande komme. Keiner dürfe denken, daß die Unternehmung bereit seien, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Etwa würde die Arbeiterschaft sich Verbesserungen erziehen müssen. Man solle über die vierprozentige Lohnverhöhung nicht geringmütig denken. Den anderen Beamten im Aachener Revier sei es in letzter Zeit nicht mehr möglich gewesen, irgendwelche Lohnverhöhungen durchzuführen. Die Kameraden hätten sich im Frühjahr sogar eine Lohnverhöhung gefallen lassen müssen. Nach einem aufmerksamen Zuhörer des Vorsitzenden, das Gebot in der Revier der uns noch fernstehenden Kameraden zu tragen, wurde die Konferenz nach sechsündiger Dauer geschlossen.

Wer ist Wilson?

Wilson ist die vom Schächter Bergwerksverein frisch importierte Größe am Grube Schächter Referer und hört auf den Namen Harry Obersteiger. Dieser Obersteiger hat es in der letzten Zeit seines Hierseins fertig gebracht, nicht nur alles auf den Kopf zu stellen, sondern auch die Beamtenarbeit in zu hundertmalen, daß sie sich gegenseitig die Köpfe einrennen. Dieser Herr,

ber diejenigen Beamten, die nicht seiner Meinung sind, das Fliegen lernen will, flüchtet und beschämt auch in unerhörter Weise die Vertrauensleute Arbeiter als Faulenzer. Ganz besonders aber schämt er es doch auf die Beamten abzugeben, denn für sie kennt der Herr nur den einen Satz: „Wenn Sie das nicht wollen oder können, fliegen Sie!“ Es ist ja heute an der Tagesordnung, daß der Steiger meistens länger arbeitet, als der Bergmann. Die Solitärleistung des Steigers muß da sein, sonst darf er eben nicht ausfahren. Sogar

doppelte und dreifache Schichten

muß der Steiger verfahren, wenn es der gestrenge Herr Obersteiger so will.

So wurde vergangene Woche ein Steiger aus Revier I, der daselbe in der Mittagschicht befährt, früh morgens in die Grube kommandiert. Der Herr Steiger erwartete an Ort und Stelle das arme Teufelchen, um ihm eine gehärdete Strafpredigt zu halten. Es wurde ihm dann gnädigst gestattet, noch einmal auszufahren, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Und schweigen mit dem stillen Wunsche: „Herr Obersteiger, bitte noch eine Badepfiste, damit mein Gesicht nicht schief wird“, tröte der Teufelchen von dannen, um nachher auf dem kürzesten Wege wieder zurück zu eilen. Dieser Steiger mußte von Samstag vormittag bis zum Sonntagmorgen in der Grube bleiben und muß dann nach kurzer Rast von Sonntag mittag bis Montag früh 7 Uhr erneut Grubendienst verrichten. In 48 Stunden fünf Schichten! Was sagt das Betriebsratsmitglied und Angestelltenvertreter Steiger B. dazu? Weiß er nicht, daß dies ein Verstoß gegen die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 ist? Will er nicht veranlassen, daß dieser Menschenfänger Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt macht?

Daselbe verfuhrte der Obersteiger auch mit einer Kameradschaft, die ihr Soll, 90 Wagen pro Schicht, unmöglich erreichen konnte. Diesen Leuten wurde kurzerhand befohlen, so lange zu arbeiten, bis ihre Ablösung da sei, d. h. der Herr Obersteiger verlängert die sowieso schon zu lange Schichtzeit von 8 1/2 auf mindestens 9 1/2 Stunden. Dieser überflügelte Herr befreit einfach und glaubt, daß nun alles in bester Ordnung sei.

Es scheint, als wenn gesetzliche Bestimmungen, Bestimmungen oder Tarifverträge dem Herrn Obersteiger gänzlich unbekannt sind, denn nur daraus läßt sich sein brutales Vorgehen gegenüber allen, die ihm unterstehen, erklären. Kurz vor dem 1. Oktober befehlt der gestrenge Herr: Die Grubenbeamten zum Empfang folgender Pakete zu sich: Ab 1. Oktober wird allgemein das Kranzladen eingeführt. Jeder Steiger hat dafür zu sorgen, daß diese Anordnung unbedingt durchgeführt wird. Wer das nicht tut, der fliegt! (Stillegebunden! Weggetreten!) Ohne Mucks, vielleicht mit der Faust in der Tasche, zogen sie von dannen, die Herren Grubenbeamten der Grube. Schwere Referer in Rothberg.

Ein Arbeiter weigerte sich, Kranz zu laden, und wagte es, den Herrn Obersteiger auf das Ungeheuerliche seiner Anordnung hinzuweisen. Darob der gebildete Herr Obersteiger: „Was, Sie Kümme! Strafe 3 M., nun gehen Sie in Frieden!“ „Wer von diesen beiden der Kümme ist, braucht nicht besonders festgelegt zu werden. Ueber die Strafe selbst reden wir noch ein ernstes Wort an anderer Stelle mit dem Herrn.“

Was sagt der Herr Generaldirektor des G.B. zu einer derartigen Behandlung von Arbeitern und Angestellten? Auch die Bergbehörde möchten wir bitten, sich diesen Herrn einmal ganz besonders zu versehen und ihn auf die bergpolizeilichen und berggesetzlichen Bestimmungen zu verweisen. Der § 90c des A.B. ist noch in Kraft, ebenso die Verordnung des Handelsministers Sydow vom April 1915, die nochmals ausdrücklich am 11. Aug. 1915 im Weisung des Oberbergbauamts v. Welfen, der Oberbergämter Venholz und Hense und der Vertreter der Bergarbeiter von diesem befristet wurde. Danach ist das Unterwerfen der Wagen zwecks Nachfüllens und das Kranzladen als ungesetzlich bezeichnet und anerkannt.

Kameraden, merkt euch das und handelt danach! Werdet vor allem Mitglied im Verband der Bergarbeiter, der eure Interessen wahr und schützt. Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Der „Kalibermann“.

Nun hat auch der Kaliberbau an der Werra und am Südhartz seine Werkszeitung. „Der Kalibermann“, Wochenchrift für die Belegschaften der Kaliberwerke an der Werra und am Südhartz. So nennt sich stolz dieses jüngste Kind des „Dinta“ (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung in Düsseldorf). Vor uns liegt die erste Nummer dieser Wochenchrift aus ihrem ersten Jahrgang. Sie ist nicht „aus der Art geschlagen“ und beruht in ihrer ganzen Aufmachung treue Schwesternschaft mit den übrigen 40-50 Werkszeitungen, die von diesem Institut aus über ganz Deutschland geleitet worden sind und geleitet werden. Es ist „Gefühlvoller System“, was sich in diesen Zeitungen offenbaren soll und das, rein äußerlich gewertet, von Walter Gschbach folgend skizziert wird:

„In diesen Zeitungen ist die Behandlung von Lohn- und Arbeitszeitfragen von vornherein ausgeschlossen. Man muß diese Werkszeitungen gelesen haben, um ihre Tendenz zu kennen. Wie die Darstellung der die ganze Volks- und Weltwirtschaft durchschneidenden technischen und wirtschaftlichen Kausalitäten“ bezeichnen ist, das zu erwarten ist nicht schwer bei der ganzen Art des geschriebenen Unternehmens. Daneben kommen Darstellungen der „Heimat“, Anti-Unfallpropaganda u. a. zur Sprache. Jeder Geburts- und Todesfall, Arbeitsjubiläum und ähnliches finden breitere Aufnahme. Die Werkszeitung muß aber „darüber hinaus das amtliche Werksorgan sein, dessen sich der Fabrikherr oder die Direktion bedient, zu der Werksbelegschaft über wichtige Vorgänge in Werk und Wirtschaft zu sprechen, das die Verwaltungsbureaus benutzen, um mit ihren Bekanntmachungen an jeden Arbeiter und Angestellten heranzukommen.“ Auch die Arbeiterfrau wird in der Zeitung bedacht. Sie genießt überhaupt die besondere Anteilnahme der Werksleitung.“

Das ganze ist eine Spekulation auf das „grabe“ Gemüt des deutschen Arbeiters. Man will „die Seele“ jucken. Fröh Döhlen hat es ja noch in Düsseldorf besonders betont, daß die deutsche Arbeiterseele vor allen Dingen, „deutsch“ ist und „teuflich“ behandelt werden muß. „Wir sind überzeugt, es waren unter seinen Zuhörern, die ihm so stürmisch Beifall zollten, sicher einzelne, die vor Mürung geweint haben. Und diese demagogische Spekulation ist es, die auch aus diesen Werkszeitungen spricht. Man will mit diesen Organen und ihrem „Sonntagsgloden“-Inhalt dem Arbeiter und seiner Familie vorgaukeln, als ob darin sich der „von den Arbeiterorganisationen zu verhasste und verhuzte“, aber hier sich in Wahrheit zeigende Unternehmertum offenbare.

Wir kennen die Seele des deutschen Arbeiters und dieser wieder der Geist der deutschen Unternehmer doch besser, als daß wir es für notwendig halten, vor diesen Demagogienkräften zu warnen. Unsere Kameraden werden sie schon richtig zu verwenden wissen.

Zum Lohnstreit im jährlichen Steinkohlenbergbau.

Die am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen im jährlichen Steinkohlenbergbau haben am 31. August d. J. die Lohnordnung gekündigt und dem Bergamtsbezirk Verein zu Aachen die Forderung auf Erhöhung der Grundlöhne aller Arbeitergruppen um 10 Prozent gestellt. Am 2. Oktober schon erhielten die beteiligten Arbeiterorganisationen Antwort vom Bergamtsbezirk, die jede örtliche Verhandlung mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern als ausfallslos erscheinen ließ. Die beteiligten Arbeiterorganisationen haben hierauf Verhandlung mit den Arbeitgebern im Revier nicht aufgenommen und das jährliche Arbeitsministerium zur Beilegung des Lohnstreits angerufen. Der Landeslichter hatte hierauf die Parteien am 23. September zu Verhandlungen gebeten. Gegen diesen Termin erhoben die Arbeitgeber sofort Einspruch mit der Begründung, daß im jährlichen Steinkohlenbergbau eine Prüfung der Vereinbarkeitsverträge, die im Laufe des Monats September nicht beendet sei und eruchten den Landeslichter, den Termin auf Anfang Oktober zu verlegen. Gegen die vom Bergamtsbezirk Verein angegebenen Gründe formten die Arbeiterorganisationen nichts einmündigen und haben sich gegen eine Verlegung des Termins nicht besonders gewehrt.

